

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

England und die Sowjetunion	1
Vor der Tagung des Generalrats der Weltföderation der Gewerkschaften	3
A. LEONTJEV — USA-Expansion früher und heute	5
R. LAPOW — Das Märchen vom Getreidedefizit der Welt	10
N. BALTIJSKI — Antwort an indische Leser	15
Internationale Umschau (Notizen)	21
W. PERLIN — P-hjông-jang (Reisenotizen)	23
Kritik und Bibliographie:	
P. WISCHNJAKOW — Aus der Geschichte des Krieges und der Widerstandsbewegung in Frankreich	28
Chronik der internationalen Ereignisse	32

23

6. Juni 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

England und die Sowjetunion

DIE POLITIK der Labourregierung gegenüber der Sowjetunion bleibt, ob sie das will oder nicht, das Zentrum, um das in England der Kataklysmus der politischen Leidenschaften tobt.

Gegen die Labourregierung wird die sehr ernste Beschuldigung erhoben, daß sie die wichtigste Verpflichtung ihres Wahlprogramms nicht erfüllt — das Versprechen, auf die Festigung und Entwicklung der englisch-sowjetischen Beziehungen Kurs zu nehmen. Ihre unfreundliche Politik gegenüber der Sowjetunion wird in Verbindung gebracht mit der neuesten Rolle Englands als des „Juniorpartners“ der USA.

Es kann in der Tat nicht wundernehmen, daß der gegenwärtige außenpolitische Kurs der britischen Regierung die demokratische Öffentlichkeit Englands beunruhigt, da er gefährliche Folgen für die Interessen nicht nur Englands, sondern auch des allgemeinen Friedens und der Sicherheit zu zeitigen droht.

Gegen diesen Kurs werden in den Reihen der Labourpartei selbst, insbesondere von den Trade-Unions, die die Hauptmasse der Labour Party bilden, scharfe Einwendungen erhoben.

Trotz des Ergebnisses der Abstimmung auf der Margate Konferenz und der Unterstützung, die die leitenden Kreise der Labourpartei der Politik Bevin leihen, gelingt es dem englischen Außenminister nicht, einer Antwort auf die immer wieder vorgebrachte Frage nach den englisch-sowjetischen Beziehungen auszuweichen.

Es liegen völlig begründete Ursachen dafür vor, daß die öffentliche Meinung Englands durch den Zustand dieser Beziehungen so beunruhigt ist.

Englands Vorkriegspolitik gegenüber der Sowjetunion trug bekanntlich durchaus keinen freundschaftlichen Charakter. England war stets und ständig Teilnehmer politischer Intrigen gegen das Sowjetvolk, die auf die Isolierung des Sowjetstaates gerichtet waren. Diese Politik wurde organisch verbunden mit der Unterstützung der Kräfte der Reaktion und des Faschismus in Europa. Die Folgen eines solchen Kurses lernte das englische Volk in vollem Maße in den Tagen von Dünkirchen und bei den Nacht-

angriffen der Luftwaffe auf London kennen. Solche historische Prüfungen werden nicht so schnell vergessen. Im Laufe des Krieges wurde es klar, von welcher Bedeutung für Englands Schicksal die Zusammenarbeit mit dem Sowjetvolk im Kampf gegen ihren gemeinsamen Feind, das hitlerfaschistische Deutschland, war.

England ist durch den zweiten Weltkrieg, den der deutsche Faschismus leichter entfesseln konnte, weil die Münchener Politik der britischen Regierung ihm half, nicht zur Prosperität gelangt und nicht stärker geworden. Ein Rückfall in die Politik sowjetfeindlicher Blocks und in die Orientierung auf die Kräfte der Reaktion in der ganzen Welt ruft natürlich in den Volksmassen Englands keine Begeisterung hervor.

Eben hierdurch erklärt es sich, weshalb die Leiter der englischen Außenpolitik jetzt in offiziellen Versicherungen so oft erklären, sie hätten den Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion zu konsolidieren und die Zusammenarbeit mit ihr zu entwickeln. Derartige Versicherungen sollen zweifellos den Stimmungen breiter Massen des englischen Volkes eine gewisse Genugtuung gewähren. Kann man jedoch diese Deklarationen für aufrichtig halten, und entspricht ihnen die Politik der Labourregierung?

In der Nachkriegssituation, angesichts des Kampfes, den die demokratischen Kräfte für einen wahrhaft demokratischen, dauerhaften Frieden und die allgemeine Sicherheit zu führen haben, muß die englisch-sowjetische Zusammenarbeit konkreten Inhalt haben. Für sie besteht ein durchaus realer Boden. Es muß eine Zusammenarbeit sein im Interesse des Friedens, eine auf gemeinsamen konsequenten Kampf gegen den Faschismus und die Machenschaften der Reaktion, auf Unterstützung der Kräfte der Demokratie in der ganzen Welt begründete Zusammenarbeit.

Die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker, die Verletzung der Souveränität anderer Staaten mit dem Ziel, die Kräfte der Reaktion zu unterstützen, die moralische und materielle Unterstützung faschistischer und faschistischer

Staatssysteme (wie in Spanien oder Griechenland), die Orientierung auf einen Block mit neuen Weltherrschaftsprätendenten — eine solche Politik entspricht weder den Interessen der Demokratie noch der Aufgabe, einen dauerhaften Frieden zu errichten. Da die englische Außenpolitik diesen Weg wandelt, gerät sie immer wieder in Widerspruch mit den Deklarationen, in denen es heißt, man wünsche die englisch-sowjetischen Beziehungen zu festigen. Niemand kann gleichzeitig zweien Herren dienen — der Sache des Friedens und der Demokratie einerseits und den Welthegemoniebestrebungen der amerikanischen und englischen Monopole andererseits.

Bei der Erörterung aller wichtigen Fragen, die Millionen von Menschen bewegen — Fragen des Friedens und der Sicherheit —, standen die offiziellen Vertreter Englands kein einziges Mal auf der Seite derjenigen, die die Sicherung eines dauerhaften Friedens im Interesse der Völker anstrebten. Die Vertreter Englands gehörten nicht zu denjenigen, die gemeinsam mit der Sowjetunion das völlige und bedingungslose Verbot der Atomwaffe fordern — sie waren mit denjenigen, die in diesen Angelegenheiten als Sprecher der amerikanischen Weltherrschaftsprätendenten auftraten.

Bei der Erörterung der deutschen Frage waren die Vertreter Englands wiederum nicht mit denjenigen, die im Interesse der allgemeinen Sicherheit und zuverlässiger Garantien gegen einen Rückfall deutscher Aggression die Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands, seine Verwandlung in einen wahrhaft friedliebenden demokratischen Staat anstreben. Die englische Politik wird auch in dieser Frage von Leuten formuliert, die nicht die Sache des Friedens, sondern die spezifischen Interessen der amerikanischen und der englischen Truste und deren „deutsches Geschäft“ verteidigen.

Kein Zufall, daß die gerechtfertigten Reparationsforderungen der Sowjetunion gegenüber Deutschland zu einem Stein des Anstoßes auf dem Wege der Entscheidung des deutschen Problems gemacht wurden. Die amerikanischen und englischen Monopole wollen eine Entwicklung der deutschen Friedensindustrie nicht zulassen, weil sie deren Konkurrenz auf dem Weltmarkt fürchten. Die Reparationsforderungen der Sowjetunion aber beruhen gerade auf der Entwicklung der deutschen Friedensindustrie, die sie als eine der Voraussetzungen der Demokratisierung Deutschlands betrachtet. In dieser Frage geht die englische Labourregierung nicht gemeinsam mit der Sowjetunion und allen Kräften der Weltdemokratie, sondern gegen sie, gemeinsam mit den

amerikanischen Monopolen. Zusammen mit ihnen unterstützt sie die spanischen Faschisten und die volksfeindlichen Regierungssysteme in Griechenland und der Türkei. Sie kann sich nicht um die Verantwortung drücken für die amerikanische Politik der „Atomdiplomatie“ und des Säbelraselns, die das englische Volk sich begreiflicherweise nicht zusammenreimen kann mit den demokratischen Prinzipien.

Die Labouristen versichern dem englischen Volk, die Unterstützung der „Trumandoktrin“ sei der einzige Ausweg, um das Imperium, um die Größe Großbritanniens zu retten. Aber die Rolle des „Juniorpartners“ des amerikanischen Imperialismus ist nicht sicherer als das Baden im Mississippi in der Gesellschaft eines Alligators. Schon die ersten Etappen dieses Weges bezeugen wenn nicht den Verlust, so doch die direkte und sehr nahe bevorstehende Gefahr des Verlustes einer ganzen Anzahl von Weltpositionen Großbritanniens.

Die englische öffentliche Meinung legt sich zweifellos Rechenschaft darüber ab, daß der politische Kurs der Labouristen dem Streben nach Konsolidierung der Demokratie, nach Fortschritt und einem dauerhaften Frieden, d. h. allen den Prinzipien kraß widerspricht, auf denen die Außenpolitik der Labour Party aufgebaut werden sollte. Daher die scharfe Kritik an diesem Kurs, daher auch die Forderung, die englisch-sowjetischen Beziehungen zu festigen.

Die Leiter der englischen Außenpolitik bemühen sich in jeder Weise, das wahre Wesen der Sache zu verstecken und zu vertuschen, sobald von den Beziehungen zur Sowjetunion die Rede ist. Sie sprechen von ihrem Wunsch, den während des Krieges geschlossenen englisch-sowjetischen Pakt „auf 50 Jahre zu verlängern“. Aber sie verhehlen der öffentlichen Meinung Englands, weshalb sie sich den Sowjetvorschlägen, diesen Vertrag zu verbessern und die ihn schwächenden Klauseln zu streichen, widersetzen. Gleichzeitig wird durch die englische Presse die Version verbreitet, die Sowjetunion sei bestrebt, England an der Zusammenarbeit mit den USA und Frankreich zu hindern. Demgegenüber ist es augenscheinlich, daß die gerechtfertigte und natürliche Forderung der Sowjetunion, England solle, wenn es einen Freundschaftsvertrag mit unserem Lande unterzeichne, nicht an uns feindlichen Blocks teilnehmen, in keiner Weise eine freundschaftliche und geschäftliche Zusammenarbeit Englands weder mit den USA noch mit Frankreich noch auch mit irgendeinem anderen friedliebenden Lande ausschließt.

Die Tatsachen zeugen nicht für die Absicht der Leiter der englischen Außenpolitik, sie in dem

Sinne zu korrigieren, wie das die demokratische öffentliche Meinung verlangt. Im Gegenteil, durch die Verteidigung und Formulierung ihrer Politik versuchen sie, sie zu rechtfertigen, und erheben unbegründete Beschuldigungen gegenüber dem Sowjetstaat. In diesem Geiste informierte Bevin das Unterhaus in seinem Bericht über die Moskauer Tagung des Außenministeriums. Die gleiche Linie bezog die Labourführung, als sie vor der soeben beendeten Konferenz der Labour Party in Margate ihren Rechenschaftsbericht ablegte. In einem der Form nach etwas ungewöhnlichen, aber nichtsdestoweniger durchaus offiziellen Dokument der Labourführung, das vor der Konferenz veröffentlicht wurde — in einer „Karten auf den Tisch“ betitelten Broschüre —, nahmen die Versuche, die labouristische Außenpolitik zu rechtfertigen, die Form verleumderischer Anschwärtzung der Außenpolitik der Sowjetunion an.

Der Ton und der Geist dieses Dokuments sind von solcher Art, daß sogar der „Daily Express“ es als eine „zügellose (unbridled) Darstellung der sowjetischen Politik und ihrer Motive“ und „eine odiose, weinerliche und selbstgerechte Apologie der Regierungshaltung in internationalen Geschäften“ definiert.

Es läßt sich schwer sagen, in welchem Grade es gelingen wird, mit solchen Tricks die öffentliche Meinung Englands zu desorientieren. Man muß berücksichtigen, daß der Labourführung sowohl die Mittel der Massenpropaganda — Presse und Rundfunk — als auch ein sehr erfahrener

Parteiapparat zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite der Waage aber liegen die Erfahrungen des Krieges, die Tatsachen des Lebens und der nachdrückliche Wunsch der Arbeiterklasse und der demokratischen Gesellschaftskreise Englands, ihr Land in den Reihen der fortschrittlichen demokratischen Länder, in der Rolle eines Friedensverteidigers, nicht aber eines Handlangers der amerikanischen Reaktion zu sehen.

Die hartnäckigen Versuche, die Politik der Sowjetunion zu verdrehen und zu verleumden, die auf der Margater Konferenz so energisch unternommen wurden, sind offenbar eingegeben von dem Bestreben, die öffentliche Meinung Englands von einigen einfachen und gesunden Gedanken abzubringen, denen sie geneigt ist, ziemlich lauten Ausdruck zu geben, nämlich: daß zwischen England und der Sowjetunion keine unversöhnlichen Gegensätze bestehen; daß die Zusammenarbeit zwischen ihnen notwendig und möglich ist; daß die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern auch ihrem gegenseitigen Nutzen zugute kommen wird.

Der Festigung und Entwicklung der englisch-sowjetischen Beziehungen muß das gemeinsame Bestreben zugrunde liegen, einen dauerhaften Frieden zu schaffen und die Sicherheit zu garantieren. Hierzu bedarf es keiner pharisäischen Versicherungen, sondern unzweideutiger Taten, die den guten Willen und das aufrichtige Streben nach Verwirklichung der erwähnten Ziele bezeugen.

Vor der Tagung des Generalrats der Weltföderation der Gewerkschaften

AM 9. JUNI wird in Prag die fällige Tagung des Generalrats der Weltföderation der Gewerkschaften eröffnet werden. Der Tagung gehen Sitzungen des Exekutivbüros und des Exekutivkomitees der Föderation voraus.

Der Generalrat der Weltföderation der Gewerkschaften wird einige Ergebnisse ihrer Tätigkeit in den anderthalb Jahren seit der Gründung der Föderation feststellen und die weiteren Aufgaben und Entwicklungswege der Weltgewerkschaftsbewegung angeben. Gleichzeitig werden Probleme der Gewerkschaftsbewegung in einer Anzahl ein-

zelner Länder, insbesondere in Deutschland und Iran, Japan und Korea, zur Erörterung kommen.

In vielen Ländern der Welt arbeiten die Gewerkschaften in einer Situation des sich verschärfenden Kampfes zwischen den Kräften der Reaktion und denen des Fortschritts.

Die von den amerikanischen Monopolkreisen geführte internationale Reaktion hat eine wütende Offensive gegen die Arbeiterbewegung gestartet. Tagaus, tagein laufen Meldungen ein über neue Attacken der reaktionären Kräfte gegen die Massenorganisationen der Arbeiterklasse — die demokratischen Gewerkschaften.

Von diesem Feldzug der Reaktion zeugen die arbeiterfeindlichen Gesetze in den USA, die Unterdrückung aller Versuche, Arbeiterorganisationen in Spanien und der Türkei zu schaffen, das Wüten gegen die demokratischen Gewerkschaften in Griechenland und Iran, in China und Brasilien, die Hindernisse, die der Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Südkorea, Japan und den kolonialen und abhängigen Ländern bereitet werden. Für die Offensive der Reaktion gegen die Gewerkschaftsbewegung sprechen weiterhin die Versuche der regierenden Kreise einiger Länder, Pseudogewerkschaften aufzuziehen und Söldlinge der Reaktion aufzubieten, um die echten Arbeiterorganisationen zu untergraben.

Die Arbeiterklasse ist in ihrem Kampf gegen diese Offensive der Reaktion nicht ungerüstet. In Jahren schwerer Kämpfe gegen den Faschismus sind die Werktätigen politisch reifer geworden, haben sie neue Erfahrungen im Kampf für ihre Rechte gesammelt. Diese Erfahrungen zeigen, daß die verlässlichste Stütze des Kampfes gegen die Reaktion in allen ihren Erscheinungsformen die hohe Organisiertheit und Geschlossenheit der Reihen der Arbeiterklasse und die internationale Klassensolidarität sind.

Die Weltföderation der Gewerkschaften ist die reale Verkörperung dieser Geschlossenheit der Reihen der Arbeiterklasse aller Länder. Sie wurde durch den Willen von Millionen Werktätigen in der ganzen Welt geschaffen, um ihre Gewerkschaftsinteressen, sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechte zu verteidigen.

In den zwanzig Monaten ihres Bestehens und ihrer Tätigkeit hat die Weltföderation der Gewerkschaften sich großes Ansehen erworben. Die Regierungen fast aller Länder der Welt haben die Föderation als Vertreterin der Weltgewerkschaftsbewegung anerkannt. Man hat einige, obgleich noch bei weitem nicht genügende Formen der Zusammenarbeit mit der UNO gefunden. Die Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder ersuchen die Föderation um Hilfe bei der Lösung der vor ihnen stehenden Probleme, bei der Überwindung der auftauchenden Schwierigkeiten.

Die Kraft und das Ansehen der Weltföderation der Gewerkschaften gründen sich nicht allein darauf, daß in ihren Reihen über 70 Millionen organisierte Arbeiter in 56 Ländern der Welt vereinigt sind und daß alle großen fortschrittlichen Gewerkschaftsbünde der Welt ihr angehören.

Die Weltföderation der Gewerkschaften hat das Ansehen, das sie sich verschafft hat, vor allem ihrer Tätigkeit zu verdanken. Sie setzt sich dafür ein, daß den Werktätigen aller Länder der Welt das

Recht zuerkannt wird, sich frei in Gewerkschaften zu organisieren, und daß die demokratischen Gewerkschaften das Recht erhalten, ungehindert ihre Tätigkeit auszuüben. Unter diesem Gesichtspunkt muß die Tätigkeit der Kommissionen und Vertreter der Föderation betrachtet werden, die Griechenland, Deutschland, Iran, Japan und andere Länder besucht haben, wo die Frage der Freiheit der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig sehr aktuelle Gestalt angenommen hat.

Im März 1947 warf die Weltföderation der Gewerkschaften vor der UNO die Frage des Schutzes der Gewerkschaftsfreiheiten auf. Die Föderation hat dem Wirtschafts- und Sozialrat vorgeschlagen, die Frage der Garantien für die Ausübung der Gewerkschaftsrechte zu erörtern und diese Rechte für unantastbar zu erachten und zu erklären.

Die Weltföderation richtet ihre Aufmerksamkeit gegenwärtig auch auf die deutsche Frage, da die breitesten Massen der Werktätigen aller Länder an ihrer Lösung mit Leib und Leben interessiert sind. Die freien deutschen Gewerkschaften können zur Demokratisierung und Denazifizierung Deutschlands in hervorragender Weise beitragen. Hiervon ausgehend, half und hilft die Föderation bei der Schaffung und der Konsolidierung freier deutscher Gewerkschaften in hohem Maße mit. Diese Hilfe ist augenblicklich, wo die deutschen Gewerkschaften vor dem lösungsreifen Problem der Vereinigung im gesamtdeutschen Maßstabe stehen, besonders wichtig.

Für viele Länder der Welt bleibt die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auch weiterhin eine sehr aktuelle Aufgabe. Die Spaltung schwächt die Kräfte der Arbeiterklasse.

Die Kräfte der Reaktion bedienen sich im Kampf gegen die aktiven und fortschrittlichen Gewerkschaftsbünde der Methode der Spaltung der Kräfte der organisierten Arbeiter. Die Festigung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist die Kampfaufgabe, die in der Arbeit der Weltföderation der Gewerkschaften im Vordergrund steht.

Die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften ist darauf gerichtet, die Kräfte der Demokratie in ihrem Kampf gegen die Reaktion und den Faschismus zu unterstützen. Der Weltkongreß der Gewerkschaften hat es als eine der erstrangigen Aufgaben der Weltföderation der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbewegung aller Länder bezeichnet, „für die schnellste und vollständigste Ausrottung des Faschismus“ zu kämpfen.

Diese Worte sind keine bloße Deklaration geblieben. Hiervon konnte sich die ganze Welt überzeugen, als im Sommer 1946 auf Beschluß des

Exekutivkomitees der Föderation in allen Ländern der Welt eine Kampagne gegen das Franco-regime in Spanien unternommen wurde. In Europa und Amerika, im Fernen und Nahen Osten führten die Gewerkschaften Tausende von Massenkundgebungen, Demonstrationen und Proteststreiks gegen das Franco-regime durch. Der Maßstab dieser antifranquistischen Kampagne zeigte, wie geschlossen die Reihen der Weltföderation der Gewerkschaften sind und über welche potentiellen Kräfte die große Armee der

Werkstätigen gebietet, die für ihre ökonomischen Interessen und demokratischen Rechte, gegen den Faschismus, für einen dauerhaften Frieden kämpfen.

Die organisierten Werkstätigen aller Länder sind davon überzeugt, daß die Prager Tagung der leitenden Organe der Weltföderation der Gewerkschaften dem weiteren Zusammenschluß der Gewerkschaftsbewegung und dem Ausbau der Positionen der demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Reaktion dienen wird.

USA-Expansion früher und heute

A. LEONTJEW

IV. Die Dollardiplomatie im 20. Jahrhundert

Im 20. Jahrhundert ist die USA Expansion bereits ein Faktor, der der gesamten Entwicklung der internationalen Beziehungen seinen tiefen Stempel aufdrückt. Ihre unmittelbaren Objekte sind vor allem die Länder Lateinamerikas, in erster Linie die sogenannten Länder des Karibischen Meeres.

Die Interessiertheit der USA am Becken des Karibischen Meeres ist häufig verglichen worden mit der Interessiertheit Englands an der Kontrolle über das Mittelmeer. Eine solche Analogie ist in einigen Beziehungen begründet. In beiden Fällen handelt es sich um einen Kanal, um den Sueskanal bzw. den Panamakanal. England bemächtigte sich im Laufe von Jahrhunderten wichtiger Stützpunkte am Mittelmeer. Gibraltar gewann es Spanien ab, Malta dem Malteserorden, Ägypten dem Türkischen Reich. Die USA erschienen mit Verspätung auf der Arena der Weltpolitik und bemühten sich, das Versäumte in raschem Tempo nachzuholen.

In den beiden Jahrzehnten, die zwischen dem Spanisch-Amerikanischen Krieg und dem Ende des ersten Weltkrieges liegen, stellten die USA ihre politische Kontrolle über die meisten Länder Mittelamerikas her. Im Jahre 1898 besetzten sie Portoriko, 1901 erwarben sie das Recht der Einmischung in die Angelegenheiten Kubas, 1903 wurde Panama faktisch annektiert, 1907 errichteten sie ihre Finanzkontrolle in San Domingo, 1909 vertrieben sie den Präsidenten von Nikaragua, 1915 schickten sie Marineinfanterie nach Haiti, 1917 kauften sie mehrere der Jungferninseln.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete Panama einen Teil der Republik Kolumbien. Der USA-Präsident Theodor Roosevelt aber hatte beschlossen, durch Panama einen Kanal graben zu lassen, der den Atlantischen Ozean mit dem Stillen Ozean verbinden sollte. USA-Agenten inszenierten einen Operettenputsch in Panama. Weiter ging alles wie am Schnürchen: es wiederholte sich genau die Prozedur, die schon früher auf den Hawaii-Inseln angewandt worden war. Die USA-Behörden hatten die Insurgenten von Panama bereits anerkannt, bevor sie noch den Mund auftraten. Roosevelt setzte es durch, daß auch die europäischen Kontinentalmächte die neue Republik anerkannten. Die Marionettenbehörden Panamas erklärten sich im Nu bereit, einen zehn Meilen breiten Landstreifen für den Kanalbau an die USA abzutreten. Im Jahre 1914 wurde der Panamakanal dem Verkehr übergeben.

Diese ganze Aktion wurde ebenso wie die früheren und die folgenden Operationen der gleichen Art unter dem Deckmantel heuchlerischer Phrasen über Friedensliebe, Achtung für die Rechte der Völker, Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten usw. durchgeführt. Der Hauptregisseur der Panamainszenierung, Präsident Theodor Roosevelt, führte in seiner Botschaft vom 3. Dezember 1901 aus, daß Amerika nur den Frieden anstrebe. In der Botschaft heißt es:

„Das wahre Ziel eines jeden großen und freien Volkes sollte ein auf Selbstachtung beruhender Friede sein, und diese Nation (die USA) wünscht auf das ernstlichste aufrichtige und herzliche Freundschaft mit allen andern.“

Später, als er sich bereits ins Privatleben zurückgezogen hatte, erlaubte Theodor Roosevelt

sich eine viel offenere Sprache. In einer Rede vor den Studenten der California University in Berkeley vom 23. März 1911 charakterisierte er den Inhalt der Panamaangelegenheit in der folgenden Weise:

„Ich bin am Panamakanal interessiert, weil ich ihn gestartet habe. Wäre ich den traditionellen konservativen Methoden gefolgt, so hätte ich dem Kongreß ein wahrscheinlich 200 Seiten starkes würdevolles Staatsdokument unterbreitet, und die Debatte darüber würde noch jetzt im Gange sein. Ich aber nahm die Kanalzone und ließ den Kongreß debattieren, und derweilen die Debatte voranschreitet, tut der Kanal es ebenfalls.“

Die Mitglieder des Kongresses konnten wirklich nur eine vollendete Tatsache erörtern. Sie durften bestenfalls ihrer Beredsamkeit freien Lauf lassen. Der Wahrheit am nächsten kam vielleicht ein Senator, der die Handlungsweise des Präsidenten in der folgenden bildlichen Weise kennzeichnete:

„Das Urteil der Geschichte lautet: „Der Polizeiagent ... hat unter der Maske der Freundschaft einen Unschuldigen niedergeschlagen und ein Wesen beraubt, das sich nicht wehren kann.“

Mit dem Bau des Panamakanals erhielten die USA einen bequemen Seeweg von ihrer Ostküste nach dem Stillen Ozean. Es drohte aber die Gefahr, daß irgendeine andere Macht noch einen Kanal zwischen den beiden Ozeanen erbaute. Ein solcher Kanal hätte nur auf dem Gebiet der mittelamerikanischen Republik Nikaragua angelegt werden können. Diese Befürchtung war ein hinreichender Anlaß für das Staatsdepartement der USA, um sich 1912 offen in die Angelegenheiten Nikaraguas einzumischen und seine Marionetten dort an die Macht zu bringen. Diese Marionetten unterzeichneten einen Vertrag mit den USA, worin sie diesen die Kontrolle über die Eisenbahn, die Zölle, die Banken und das für die Erbauung des Kanals geeignete Territorium abtraten. Seitdem unterstützte die Washingtoner Regierung in diesem Lande unentwegt reaktionäre Regenten — gegen den Willen der übergroßen Masse der Bevölkerung.

Man braucht die Aufzählung der Tatsachen, die die Weltpolitik der USA charakterisieren, nicht weiter fortzusetzen. Seit der Jahrhundertwende verfolgt diese Politik unter der Flagge des Pan-amerikanismus ein durchaus bestimmtes Ziel. Faktisch handelt es sich um die Aufrichtung der vollen Hegemonie der Washingtoner Regierung über die gesamte westliche Hemisphäre. Dies Bestreben verleiht den Beziehungen der USA zu den lateinamerikanischen Republiken eine besondere Färbung. Die Dollardiplomatie mischt sich in die inneren Angelegenheiten anderer amerikanischer Republiken gröblich ein und tritt dabei

den Willen der Bevölkerung mit Füßen, und zwar nicht nur in den kleinen Republiken Mittelamerikas, sondern auch in solchen Ländern wie Mexiko, Bolivien, Paraguay, Venezuela.

Weiter erfolgt unter der von Staatssekretär Hay in den 90er Jahren aufgestellten Losung der „offenen Tür“ ein ökonomisches und politisches Durchdringen der USA in eine Anzahl von Ländern der alten Welt, vor allem nach China. Auf den Wegen der Weltpolitik stößt ihre Aktivität unvermeidlich zusammen mit den Bestrebungen der anderen Großmächte, weswegen die transatlantische Republik direkt in den Strudel der imperialistischen Gegensätze und Konflikte geraten ist, die die ganze Welt durch Kriege zu erschüttern drohen.

V. Einige Besonderheiten des amerikanischen Expansionismus

Versucht man, einige kennzeichnende Besonderheiten des amerikanischen Expansionismus zusammenzufassen, so gelangt man etwa zu den nachstehenden Schlußfolgerungen.

Zum Unterschied von den Hauptländern Europas und Asiens sind die USA in ihrer ganzen Geschichte nur dreimal mit starken äußeren Gegnern zusammengestoßen: während des Unabhängigkeitskrieges im 18. Jahrhundert und in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts.

In ihrem Unabhängigkeitskrieg hatte die junge amerikanische Demokratie an England einen viel stärkeren Feind vor sich. Trotzdem siegten die amerikanischen Kolonien, die einen gerechten, einen Befreiungskrieg gegen fremdländische Oberherrschaft und Unterdrückung führten. Was nun die beiden Weltkriege anbelangt, so waren die USA im Rahmen von Koalitionen an ihnen beteiligt, wobei die hauptsächlichsten Kriegsprüfungen und die entscheidende Rolle bei der Niederwerfung des gemeinsamen Feindes nicht ihnen, sondern ihren Bundesgenossen zufielen.

Somit hatten die USA bei ihrer Expansion faktisch nur mit unvergleichlich schwächeren Gegnern zu tun, über die sie jedesmal leichte und wohlfeile Siege erfochten.

Trotzdem wäre es falsch, wenn man glauben wollte, daß die amerikanische Expansion auf ihrem Wege nicht auf ernste Hindernisse gestoßen wäre und stets Erfolg gehabt hätte. Im Gegenteil, der unersättliche Appetit der Dollardiplomatie brachte den USA keine geringen Schwierigkeiten sowohl in der westlichen Hemisphäre als auch in der übrigen Welt. Der Widerstand der südamerikanischen Republiken, die bei den anderen Mächten, vor allem bei England, in diesem

oder jenem Maße Unterstützung fanden, bestimmten den äußerst gewundenen Weg der pan-amerikanischen Politik Washingtons, die wiederholt zum Zurückweichen gezwungen war, und zwar nicht immer auf vorher vorbereitete Stellungen. Weiter führte der Antagonismus zwischen den USA und den anderen Großmächten — in erster Linie England — zu einer wesentlichen Beschränkung des Rahmens und der Möglichkeiten des ökonomischen und politischen Vordringens der USA. In der Periode zwischen den beiden Weltkriegen spielte dieser Antagonismus zweifellos eine entscheidende Rolle in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Mächten, solange noch nicht die aggressive Politik des faschistischen Deutschlands in den Vordergrund getreten war.

Im zweiten Weltkrieg spielten die USA unter der Führung eines so weitblickenden Staatsmannes, wie es der verstorbene Präsident Franklin D. Roosevelt war, eine positive Rolle, indem sie ihren Platz einnahmen im Lager der gegen die faschistische Tyrannei kämpfenden freiheitsliebenden Völker. Die transatlantische Republik trug in bestimmter Weise zu der gemeinsamen Sache der Zertrümmerung der beiden Hauptbrutstätten des Weltfaschismus und der Weltaggression bei. Dadurch beteiligte sie sich — zum erstenmal nach dem Unabhängigkeitskrieg — an einem gerechten, einem Befreiungskrieg von gigantischer progressiver Bedeutung.

Man darf jedoch eine Reihe von Umständen nicht außer acht lassen.

Vor allem leuchtet ein, daß die USA am zweiten Weltkrieg teilnehmen mußten, da die beiden führenden aggressiven Länder — Deutschland und Japan — nicht nur die Weltmachtpositionen der USA, sondern auch ihre Existenz als unabhängige Nation ganz unzweideutig bedrohten.

Wichtig ist weiter zu bemerken, daß gerade in der regierenden Oberschicht des Landes, die die Interessen der Monopolkreise vertritt, der stärkste Widerstand gegen die Teilnahme der USA am Krieg gegen die Achsenmächte bestand. Dieser Widerstand war ein starkes Hemmnis für den Kriegseintritt der USA und, was noch wichtiger ist, paralyisierte in nicht geringem Maße ihre Aktivität, insbesondere soweit es sich um den Krieg gegen Deutschland handelte.

Der Einfluß der profaschistischen und überhaupt der reaktionären Kreise Amerikas arbeitete Churchill in die Hände und stärkte dessen Positionen. Churchill versuchte nämlich, einen teuflisch verräterischen Plan gegenüber der Sowjetunion zu verwirklichen. Er wollte — in vollem Einvernehmen mit seinen amerikanischen Gesinnungsgenossen — die zweite Front in Europa

hinausschieben in der Berechnung, die Sowjetunion und Deutschland würden einander durch einen zermürbenden Zweikampf endgültig entkräften.

Dieser Plan wurde von den Schildknappen der internationalen Reaktion, beispielsweise dem englischen Exminister für Flugzeugproduktion, Oberst Moore-Brabazon, der Führerin der erreaktionären Clivedenclique der Konservativen, Lady Astor, dem Redakteur der Zeitschrift „Nineteenth Century and After“, Frederick Voigt, offen gepredigt. Jenseits des Ozeans fanden sie Widerhall bei Hoover, Taft, Dulles und anderen Männern, ganz zu schweigen von Leuten vom Schlage Wheelers und Bullitts, die sich nicht schämten, so aufzutreten, als ob ihr Land nicht auf derselben Seite wie die Sowjetunion gegen das hitlerfaschistische Deutschland kämpfte, sondern auf der Seite des hitlerfaschistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion.

Schließlich muß berücksichtigt werden, daß die imperialistischen Kreise der USA, ebenso wie die Englands, in diesem Kriege ihre eigenen Ziele verfolgten. Für die freiheitsliebenden Völker, auch für die übergroße Mehrheit des amerikanischen Volkes, war der Krieg gegen die faschistischen Aggressoren ein gerechter Krieg, ein Krieg für die Freiheit und Unabhängigkeit, für das heilige Recht der Nationen, ihr Leben nach eigener Wahl und eigenem Willen einzurichten. Die imperialistischen Kreise der angelsächsischen Mächte aber suchten — in Gestalt Deutschlands und Japans — gefährliche Rivalen im Kampf um die Welthegemonie zu vernichten und dadurch ihre eigenen Positionen in diesem Kampf zu festigen.

Das sind die Umstände, die man berücksichtigen muß, wenn man die Entwicklung der Außenpolitik der USA nach dem Kriege verstehen will.

VI. Die USA auf den Wegen des Kampfes um die Weltherrschaft

Die Nachkriegspolitik der USA ist einerseits die direkte Fortsetzung der vorhergehenden Entwicklung der amerikanischen Expansion. Sie hat andererseits eine Anzahl neuer, unterscheidender Merkmale aufzuweisen, hervorgerufen durch die veränderte Situation sowohl in Amerika selbst als auch auf der internationalen Arena.

Diese neuen Züge finden sich wie in einem Brennpunkt abgespiegelt in dem offen proklamierten Programm des Kampfes für die Welthegemonie der USA. Natürlich ist in der Epoche des Monopolkapitalismus der Politik einer Anzahl kapitalistischer Weltmächte die Tendenz eigen,

um das Übergewicht und die Vorherrschaft in der Welt zu kämpfen. Als die ganze Welt in Einflußsphären der Großmächte aufgeteilt war, trat die Frage ihrer Umteilung auf die Tagesordnung. Der Kampf für die Umteilung der Welt nimmt aber unweigerlich die Form des Kampfes um die Weltherrschaft an.

Schon während des ersten Weltkrieges brachte ein schwedischer Autor, Gustaf F. Steffen, diesen Umstand wie folgt zum Ausdruck:

„Jetzt ist die Welt beinahe ganz aufgeteilt. Aber die Weltgeschichte lehrt uns, daß Imperien die Tendenz haben, einander aufzuteilen, nachdem sie die mehr oder weniger ‚herrenlosen‘ Länder in allen Weltgegenden untereinander verteilt haben.“

Schon vor dem zweiten Weltkrieg bildete das Streben nach Vorherrschaft in der ganzen Welt einen stark sichtbaren Charakterzug der Außenpolitik der USA. Besonders grell traten diese Tendenzen nach dem ersten Weltkrieg hervor. Auseinandersetzungen des Inhalts, Amerika erobere Europa, das Britische Reich und die ganze Welt überhaupt, verschwanden damals nicht aus den Spalten der Weltpresse. Und in der Tat, in dieser Periode machte das ökonomische und politische Vordringen der USA große Fortschritte. Bald aber stellten die aggressiven Methoden der anderen Weltherrschaftsprätendenten, nämlich des faschistischen Deutschlands und des militaristischen Japans, die amerikanische Expansion in den Schatten und lenkten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von ihr ab.

Die Lage änderte sich, nachdem das hitlerfaschistische Deutschland sich und seinen Achsengeossen durch den räuberischen Überfall auf die Sowjetunion das eigene Todesurteil unterzeichnet hatte. Charakteristisch ist, daß Vertreter der amerikanischen Monopolkreise sofort nach Beginn dieses Überfalls offen ein Programm des Kampfes für ihre Welthegemonie proklamierten. Sie beeilten sich, den Platz der monopolistischen Oberschicht Deutschlands einzunehmen, deren Kettenhund Hitler war, und warteten nicht einmal ab, bis dieser Platz dadurch, daß die Sowjetarmee die deutsche Kriegsmaschinerie zerschlug, frei geworden war.

Als der zweite Weltkrieg noch im vollen Gange war, im Juli 1942, wurde in einer amerikanischen Zeitschrift eine Denkschrift Downeys, eines Konsulenten des Vorsitzenden des Automobilkonzerns General Motors, unter der Überschrift „Amerika in der Nachkriegswelt“ veröffentlicht.

Diese Denkschrift zeigt anschaulich die Ziele, die einflußreiche Monopolkreise Amerikas im zweiten Weltkrieg verfolgten. Die darin entwickelten Gedanken sind zu Ausgangspunkten

des Nachkriegsprogramms der amerikanischen Monopole geworden, dessen Wesen der Kampf für die Weltherrschaft der USA ist.

Während die Völker der Antihitlerkoalition ihr Blut vergossen, um Hitlers Weltherrschaftsplan, und zugleich damit auch alle anderen Weltherrschaftspläne, zu begraben, behauptete Downey:

„Der jetzige Krieg ist nichts als ein Kampf um die Kontrolle über die Welt. Er gehört wahrscheinlich zu einer Serie von Kriegen, von denen der Weltkrieg von 1914—1918 der erste war. Bis eine starke Kombination entsteht — eine angelsächsische, eine der Achsenmächte oder was immer sonst —, wird es in der Welt keinen Frieden geben... Die Angelsachsen sind drauf und dran, die Welt zu regieren oder sich regieren zu lassen.“

Von einer solchen, mit Verlaub zu sagen, Philosophie der Geschichte ausgehend, schloß Downey auf die Notwendigkeit, die Weltherrschaft der angelsächsischen Rasse zu errichten, die seinen Worten zufolge die Möglichkeit haben müsse, ihren Interessen entsprechend die Friedensbedingungen zu diktieren. Er schrieb:

„Die erfolgreiche Beendigung des Krieges muß einen bewaffneten angelsächsischen Frieden zur Folge haben.“

Bekanntlich mehrten sich in dem Maße, wie das Ende des Krieges heranrückte, in Amerika und in England die Stimmen von Menschen, die ähnlich wie Downey die Notwendigkeit propagierten, einen angelsächsischen oder richtiger einen amerikanischen Frieden zu errichten. Diese Leute urteilten wie folgt. Es habe eine Zeit gegeben, wo der Menschheit durch den römischen Frieden — die Pax romana — Ruhe und Ordnung gesichert wurde. Dann sei eine Zeit gekommen, in der Großbritannien die herrschende Stellung innegehabt habe, die Epoche des britischen Friedens — der Pax britannica. Jetzt sei die Zeit des amerikanischen Friedens — der Pax americana — angebrochen.

Im Rahmen des amerikanischen Friedens soll das britische Weltreich eine untergeordnete Stellung, die Stellung eines „Juniorpartners“ einnehmen, wie man seit der bekannten Fulton Reden Churchills zu sagen pflegt. Auch dieser Teil des Programms des amerikanischen Imperialismus ist 1942 in der Denkschrift Downeys genügend deutlich zum Ausdruck gekommen. Er schrieb:

„Das Britische Reich ist ebenso sehr ein Teil unseres Verteidigungssystems wie Panama, Kuba, Hawaii, die Philippinen, Alaska, die Aläuten, die atlantischen Inseln und unsere kürzlich erworbenen Stützpunkte. Helfen wir mit bei der Verteidigung des Britischen Reiches, so müssen wir gleiche Rechte bei der Entwicklung seiner Hilfsquellen genießen.“

So gelangt er zu der nachstehenden Schlußfolgerung:

„Britannien braucht einen Seniorpartner, der ihm hilft, die Welt am Finger laufen zu lassen, und das ist genau die Rolle, in der Amerika in den kommenden Jahren fungieren wird.“

Downeys Gedankengänge sind ein Musterbeispiel der Stimmungen und politischen Konzeptionen, die während des Krieges und noch mehr nach dem Kriege im regierenden Lager Amerikas die weiteste Verbreitung gefunden haben. Man könnte viele ebensoleiche oder verwandte Gedankengänge von Senatoren, Vertretern der Geschäftswelt, Journalisten, Ökonomen und Soziologen anführen, was indessen überflüssig sein dürfte.

Was sich während des Krieges nur inoffizielle Volontäre des amerikanischen Imperialismus zu sagen erlaubten, ist nach dem Kriege das offizielle Programm der USA-Regierung geworden. In den Äußerungen hochgestellter Führer der USA werden die Worte von der führenden Rolle Amerikas in der ganzen Welt ein unerläßliches Attribut. Schon am 19. Dezember 1945 sagte Truman in einer Botschaft:

„Wir müssen uns alle darüber klarwerden, daß der Sieg, den wir errungen haben, dem amerikanischen Volk die fortdauernde Last der Verantwortung für die Weltführerschaft auferlegt hat.“

Die Idee der Weltsuprematie wird in Washington zur offiziellen Doktrin. Je nach dem Temperament und den Stimmungen der Redner sprechen sie bald von der ideologischen, bald von der moralischen Führerrolle in der Welt, bald schließlich kurzerhand von der Welthegeemonie des Dollarlandes. Der Sinn aller derartigen Reden aber ist mehr oder weniger der gleiche.

Das Wesen der Sache ändert sich durchaus nicht durch den Umstand, daß die amerikanischen Weltherrschaftspräventionen in der Regel durch alle möglichen Berufungen auf Demokratie, Zivilisation, christliche Ideale und allerlei andere Hochziele maskiert werden. Die ganze Geschichte des amerikanischen — und nicht nur des amerikanischen — Expansionismus bezeugt anschaulich, daß streng unterschieden werden muß zwischen den wirklichen Zielen und Methoden der expansionistischen Politik einerseits und dem Drum und Dran von Worten andererseits, mit denen diese Politik umgeben wird, um ihr wahres Wesen zu tarnen.

Man muß also zugeben, daß die Außenpolitik Washingtons nach dem zweiten Weltkrieg einen neuen Weg beschritten hat. Dieser politische Kurswechsel hat bekanntlich seinen Ausdruck gefunden in der offenen Verletzung des von Präsident Truman gegebenen Versprechens, in

den Fußtapfen des verstorbenen Präsidenten Franklin D. Roosevelt wandeln zu wollen. Diesem Schritt folgte ein vollständiger Wechsel der Personen in der amerikanischen Regierung. Die früheren Mitarbeiter Roosevelts mußten neuen Leuten Platz machen, die die neue Orientierung in der inneren und äußeren Politik verwirklichen sollen.

Der Personenwechsel manifestierte einen Wechsel der Marksteine. Die Rooseveltsche Außenpolitik war charakterisiert durch: die Unterstützung der Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit und der UNO als ihres Organs, das Streben nach freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, das Bestreben, die ökonomischen Interessen Amerikas zu sichern durch Abkommen mit den anderen Ländern, die deren staatliche Unabhängigkeit und nationale Souveränität nicht offen antasteten. Die neue amerikanische Außenpolitik ist dadurch charakterisiert, daß sie die Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit auf Grund der Gleichberechtigung der Parteien ersetzt durch eine Politik der Gewalt, der Diktate, der einseitigen Handlungen; durch den sogenannten „starren Kurs“ gegenüber der Sowjetunion, der nichts anderes darstellt als einen Versuch, unser Land international zu isolieren und es mit einem neuen antikommunistischen Kordon zu umgeben; durch die ökonomische Knechtung der infolge des Krieges zeitweilig geschwächten Länder und die ungenierte Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten mittels Errichtung einer Weltiktatur des Dollars.

Ein solcher Wechsel in dem vom Staatsschiff der USA gesteuerten Kurs — wenn wir den nicht weniger wesentlichen Wechsel in der Orientierung ihrer Innenpolitik beiseite lassen — kann natürlich nicht allein durch das Ableben Roosevelts erklärt werden, obgleich kein Zweifel daran möglich ist, daß Amerika an ihm einen weitzblickenden Politiker von ganz großem Format verloren hat. Das unerwartete Lebensende Roosevelts war eine wahre Gottesgabe für die reaktionärsten und aggressivsten Kreise der amerikanischen Monopolisten. Dieses Ereignis gab den Herolden der ungehemmten Expansion, den Predigern der rücksichtslosen Gewaltpolitik, den Trägern der extremen Reaktion in inneren und äußeren Angelegenheiten erhebliche Handhaben. Aber die Ursachen derartiger Schwenkungen liegen viel tiefer, nämlich in der Sphäre des ökonomischen Lebens des Landes.

Augenscheinlich ist auch, daß die jetzige Orientierung der amerikanischen Außenpolitik einer Anzahl wesentlicher Fragen, die teils die internationalen Beziehungen, teils die innere Lage betreffen, eine neue Gestalt gibt. Denn die Methoden,

die früher gegenüber den mittelamerikanischen Republiken praktiziert wurden, werden jetzt auf europäische Länder wie Griechenland angewandt. Die Ziele, die früher in Venezuela oder Paraguay angestrebt wurden, verfolgt man jetzt in Italien und Frankreich. Das frühere Arsenal des amerikanischen Expansionismus ist durch solche Neuheiten ergänzt worden wie das Weltsystem der Stützpunkte für die Kriegsflotte und die Luftflotte, wie die berühmte Politik der Rüstungsstandardisierung, wie das beispiellose Wachstum des Einflusses der Militaristenclique, wie die „Atomdiplomatie“, die es bereits fertiggebracht hat, sich einen ziemlich weit hallenden schlechten Ruf zu erwerben, wie die antikommunistische Hysterie, mit der nichts anderes beabsichtigt ist, als die Politik zu tarnen, die sich an den Fundamenten der staatlichen Souveränität fremder Völker und Länder vergreift.

Gleichzeitig unterliegt es keinem Zweifel, daß der jetzige amerikanische Expansionismus es mit einer Welt zu tun hat, die in den letzten Jahrzehnten keine geringen Veränderungen durchgemacht hat. Das jetzige Europa ist nicht mehr das Europa der Zeit von München. Das jetzige Asien ist nicht mehr dasselbe wie bei Beginn des Japanisch-Chinesischen Krieges. Im letzten Jahrzehnt ist nicht nur viel Wasser ins Meer, sondern auch viel Blut auf den Schlachtfeldern geflossen.

Durch die Zertrümmerung der Hauptbrutstätten des Weltfaschismus und der Weltaggression sind die Kräfte des Friedens und der Demokratie, die eine verlässliche Stütze an der Sowjetunion haben, erstarkt und gediehen.

Die neuen Weltherrschaftsprätendenten haben in einer wesentlich anderen Situation zu operieren als ihre unmittelbaren Vorgänger. Dennoch kopieren sie zuweilen sklavisch die Methoden ihrer Vorgänger. Ein besonders eklatantes Beispiel hierfür ist es, daß sie den Antikommunismus als einen ihrer Haupttrümpfe betrachten. Die Stimmübungen des antikommunistischen Chors, der gegenwärtig unter Beteiligung offizieller Dirigenten und Solisten jenseits des Ozeans auftritt, erinnern natürlich an die analogen Vortragsnummern der Teilnehmer des Antikominternpaktes traurigen Angedenkens. Man könnte einwenden, die jetzigen Träger der Welthegegoniepläne würden sich bemühen, die verhängnisvollen Fehler ihrer Vorläufer zu vermeiden. Aber hat Hitler sich nicht gerühmt, er werde die selbstmörderischen Fehler Wilhelms II. niemals wiederholen? In Wirklichkeit hat er sie wiederholt, und noch dazu in vielfach verschlechterter Auflage.

Somit berührt der gegenwärtige amerikanische Expansionismus einen sehr verwickelten Problemknäuel. Alles das sind jedoch Fragen, die eine besondere Auseinandersetzung erheischen.

Das Märchen vom Getreidedefizit der Welt

R. LAPOW

VOR EINEM JAHR, am 11. Mai 1946, erschien in der Zeitung „The Financial Post“ eine Mitteilung der im Rahmen der UNO bestehenden sogenannten Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, in der es hieß, der Weltbedarf an Importweizen für das Landwirtschaftsjahr 1946/47 (beginnend mit dem 1. August v. J.) werde auf 30 Millionen Tonnen geschätzt. Die Ausfuhrüberschüsse würden 20 Millionen Tonnen nicht überschreiten, so daß die Welt also ein Defizit von 10 Millionen Tonnen Getreide zu tragen haben werde.

Dieses Riesendefizit bedeutete für die meisten europäischen Länder Lebensmittelmangel, ja sogar Hunger auch im zweiten Nachkriegsjahr. Übrigens wäre bei einer guten Ernte eine wesent-

liche Änderung der Lage zu erhoffen gewesen, da ja bekanntlich Ernteertragsschätzungen im Mai nur sehr ungenau zu sein pflegen.

Tatsächlich übertraf der Ernteertrag 1946/47 in den wichtigsten Exportländern — den USA, Kanada, Argentinien und Australien — die optimistischsten Erwartungen. Der Ernteertrag in Westeuropa blieb zwar weit hinter dem Vorkriegsstand zurück, überstieg jedoch die Ernte von 1945.

Es stand also fest, daß die genaue Weltbilanz für Weizen ein ganz anderes Bild als im Mai ergeben mußte. Sonderbarerweise ist aber der auf Initiative der genannten Organisation für Ernährung und Landwirtschaft geschaffene Internationale Notstandsernährungsrat, der wiederholt auf

das Verhältnis zwischen Weizenbedarf und Weizenvorräten zurückkam, immer wieder zu dem gleichen Weltdefizit von 10 Millionen Tonnen gelangt.

Selbst im November, als bereits genau bekannt war, daß der Weizenantrag in den wichtigsten vier Exportländern alle Voranschläge bedeutend übertraf, wiederholte der erwähnte Internationale Ernährungsrat mit einer Hartnäckigkeit, die auf den ersten Blick befremdlich wirkte, immer wieder die doch gegenstandslos gewordenen, aber gleichsam eingelernten Ziffern: Bedarf 30 Millionen, Ressourcen 20 Millionen, Defizit 10 Millionen Tonnen.

Untersuchen wir die Gründe dieser Beharrlichkeit und den wirklichen Stand der Dinge.

1

Im Landwirtschaftsjahr 1945/46 führten die USA, Kanada, Argentinien und Australien bei einem Ernteertrag von 46,7 Millionen Tonnen Weizen 23,9 Millionen Tonnen aus. Im Landwirtschaftsjahr 1946/47 wurde ein Export von weniger als 20 Millionen Tonnen in Aussicht genommen, obwohl 53,6 Millionen geerntet worden sind.

Die Einschränkung des Exports um 4 Millionen Tonnen bei einer Ertragssteigerung von fast 7 Millionen Tonnen wurde mit der Notwendigkeit motiviert, in den Exportländern die Stapelvorräte, die angeblich katastrophal eingeschrumpft seien (11 Millionen Tonnen per 1. Juli v. J.) aufzufüllen. Der Rückgang dieser Bestände ist im Vergleich zu den Kriegsjahren, in denen sie über 43 Millionen Tonnen betrugen, wirklich beträchtlich. Die Weizenbestände der vier Überseeländer während der Kriegsjahre sind jedoch nicht maßgebend. Die Anhäufung gewaltiger Weizenvorräte war hauptsächlich auf Ausfuhrschwierigkeiten und auf den Mangel an Schiffsraum zurückzuführen. Wenden wir uns den Vorkriegsziffern zu, so sehen wir, daß die Vorräte — und dies auch nur in Jahren mit erschwertem Weizenabsatz auf dem Weltmarkt — 12 Millionen Tonnen betrugen, also annähernd dieselbe Menge, die heute als „katastrophal gering“ bezeichnet wird. In günstigen Welthandelsjahren, wie 1936/37, hatten diese Länder nicht mehr als 5,4 Millionen Tonnen vorrätig. Man begreift also unschwer, daß die wirklichen Weizenbestände eine Einschränkung des Exports keineswegs erforderlich machten.

Aber auch die Ertragssteigerung darf nicht unberücksichtigt bleiben. Unter solchen Umständen könnte der Export fast 28 Millionen Tonnen

ausmachen, eine Menge also, die dem maximal geschätzten Weltbedarf nahekäme.

Weitere Exportsteigerungen wären möglich, wenn man weniger Weizen an das Vieh verfütterte. Auf diese Weise ließen sich gleichfalls bedeutende Mengen gewinnen, da, wie USA-Landwirtschaftsminister Anderson erklärte, im Landwirtschaftsjahr 1946/47 in den USA 4,2 Millionen Tonnen Weizen an das Vieh verfüttert werden sollen. Die USA, die eine Rekordmaisernte eingebracht haben — 9 Millionen Tonnen mehr als im Vorjahr —, könnten aber, ohne ihre Viehzucht irgendwie zu beeinträchtigen, die Verfütterung von Weizen völlig einstellen.

Daß man im laufenden Landwirtschaftsjahr einen bedeutend geringeren Weizenexport in Aussicht stellt, als wirklich durchführbar wäre, ist an dem Beispiel des größten Getreideexporteurs, der USA, besonders anschaulich zu erkennen. Dieses Land produziert 65 Prozent des Getreideertrages der vier Überseeländer und stellte im vorigen Landwirtschaftsjahr 44 Prozent ihres Gesamtexports.

Das Weizenexportprogramm der USA für 1946/47 wurde am 14. Mai v. J. bekanntgegeben, als die Stapelvorräte per 1. Juli 1946 mit 2,2 Millionen Tonnen und der zu erwartende Weizenantrag mit 27,2 Millionen Tonnen angesetzt wurden. Der Exportplan wurde mit 6,8 Millionen Tonnen festgesetzt, d. h. gegen 1945/46 um 36 Prozent vermindert. Im Juli teilte das Landwirtschaftsdepartement der USA mit, die Bestände beliefen sich auf 2,7 Millionen Tonnen (also auf eine halbe Million Tonnen mehr, als vorher berechnet worden war), und gleichzeitig werde der Ernteertrag auf 30,8 Millionen Tonnen geschätzt. Obwohl also noch um vier Millionen Tonnen Weizen mehr verfügbar waren, blieb das Exportprogramm unverändert.

Im August stellte es sich heraus, daß der Ertrag noch größer war und die Rekordziffer von 31,8 Millionen Tonnen erreichte. Aber auch hier — nach wurde an dem Exportprogramm nichts geändert, zu den im Mai angesetzten 6,8 Millionen Tonnen wurden nur 0,5 Millionen Tonnen hinzugefügt, die nicht, wie vorgesehen, im Vorjahr ausgeführt worden waren. Es liegt indes auf der Hand, daß der Weizenexportplan der USA auf 11,9 Millionen Tonnen, ja, wenn man die Verfütterung von Weizen einstellte, sogar auf 16 Millionen Tonnen erhöht werden könnte.

Die Ertragssteigerung in den wichtigsten Exportländern könnte den gesteigerten Bedarf Europas an Importgetreide restlos decken. Die Frage des Getreidedefizits der Welt könnte also als erledigt gelten. Trotzdem wird diese Frage nach wie vor in der Fachpresse und überhaupt

in der Auslandspresse, in den Parlamenten und auf internationalen Konferenzen mit Nachdruck erörtert.

2

Ein Getreidedefizit existiert also in Wirklichkeit nicht. Dieses Defizit existiert nur in der Phantasie der Monopolgruppen des amerikanischen Kapitals, die ihre eigennützigen ökonomischen und politischen Zwecke verfolgen. Auch in den Vorkriegsjahren, als es den Getreideexportländern durchaus nicht restlos und nur mit großen Schwierigkeiten gelang, ihren Getreideüberschuß auf den Außenmärkten abzusetzen, waren falsche Ernteschätzungen gang und gäbe. Damals aber gingen sie nur von Privatpersonen aus, und die Schätzungen wurden auf bestimmte Monate, ja sogar auf bestimmte Wochen zugeschnitten. Zu Beginn des Frühjahrs lauteten die Ertragsschätzungen in den USA am aussichtslosesten, im August wurde gewöhnlich verbreitet, die Saaten in Kanada hätten sehr gelitten, im Oktober und November dichtete man dasselbe Schicksal dem in Australien und Argentinien heranreifenden Weizen an. Man setzte also den Ertrag in den produzierenden Ländern, gleichzeitig aber auch die Ernteaussichten in den konsumierenden Gegenden herab.

Gegenwärtig sind ungewissenhafte Angaben auf diesem Gebiet besonders im Schwange. Mit ihrer Fabrikation befassen sich nicht nur Einzel-firmen, sondern auch offizielle Instanzen einzelner Staaten und sogar internationale Stellen. Die falschen Angaben, die sich früher auf eine Saison erstreckten, sind jetzt eine Dauererscheinung. Sie bringen nicht mehr bloß ein paar Cent, sondern ganze Dollar ein, und, was die Hauptsache ist, das Getreide hat jetzt nicht nur Geldeswert, sondern auch politische Bedeutung, es ist zu einer politischen Waffe des amerikanischen Imperialismus geworden.

Was wird mit den falschen Angaben bezweckt, die heute verbreitet werden?

Sucht man (unter dem Vorwand, man müsse die Bestände „wieder auffüllen“ u. dgl.) den Anschein zu erwecken, als mangle es an Exportüberschüssen, so erklärt sich das vor allem aus dem Wunsch, mit Hilfe der Getreidelieferungen die Länder, die infolge des Krieges an akutem Lebensmittelmangel leiden, politisch unter Druck zu setzen. Außerdem will man durch derartige Informationen die ungewöhnlich hohen Getreidepreise vor dem Sinken bewahren.

Je beschränkter der Weizenexport, je größer die Spanne zwischen Bedarf und Angebot,

desto schärfer ist natürlich die politische Waffe der „Lebensmittelhilfe“, wie der Verkauf des Getreideüberschusses zu horrenden Preisen heute offiziell tituliert wird. Man betreibt zu diesem Zweck eine Exportregelungspolitik, um die Nachfrage nie ganz zu befriedigen. Eine Bilanzziehung, die ein großes Weizendefizit (wie es der Internationale Notstandsernährungsrat errechnet hat) als unvermeidlich erscheinen läßt, liegt ganz im Interesse der Großexporteure und trägt zur Aufrechterhaltung der Hochkonjunktur auf dem Getreideweltmarkt bei.

Die Stellungnahme des Internationalen Notstandsernährungsrats ist von besonderer Bedeutung, da diese Körperschaft nicht nur den Bedarf einschätzt, sondern auch die Verteilung des Exportgetreides auf die einzelnen Länder zu bestätigen hat. Die Gegenüberstellung des Bedarfs und der Verteilung für das Landwirtschaftsjahr 1946/47, wie sie der Ausschuß am 4. November v. J. bestätigt hat, zeigt, wie ungleichmäßig die Vorräte unter die bedürftigen Länder verteilt werden. Der Bedarf Großbritanniens wird zu 89 Prozent gedeckt, der der britischen Besitzungen zu 83 Prozent, Polen aber erhält nur 55 Prozent, die Tschechoslowakei 43 Prozent des erforderlichen Getreides. Griechenland bekommt 86 Prozent des Verlangten, Jugoslawien aber nur 8,3 Prozent. Der Bedarf Portugals und Spaniens wird nicht nur in gleicher Weise wie die Erfordernisse der UNO-Länder berücksichtigt, sondern man beabsichtigt sogar, ihnen außerdem eine bedeutende Getreidemenge aus den Beständen des Internationalen Ernährungsrats zuzuteilen, obwohl allgemein bekannt ist, daß die beiden Länder Weizen und Mais ohne jede Limitierung aus Argentinien erhalten.

Neben einer zu niedrigen Veranschlagung der Exportmöglichkeiten sind auch andere Desinformationen praktiziert worden. So veröffentlichte das Landwirtschaftsdepartement der USA eine äußerst pessimistische Einschätzung des Reisertrages in Asien und setzte in diesem Zusammenhang den Weizenbedarf der asiatischen Länder mit einer gigantischen Ziffer an: Zwei Monate später mußte diese Ziffer bereits öffentlich dementiert werden.

Die Bedürfnisse einzelner nichteuropäischer Länder wurden übermäßig aufgebauscht, angefangen von der Südafrikanischen Union, die überhaupt kein Importgetreide braucht, und endend mit Indien, das zwar tatsächlich viel einführen müßte, aber nur ein Drittel der angesetzten Mengen erhalten hat.

Diese Nachrichten waren natürlich nicht für Afrika und Asien bestimmt, sondern für Europa, dem man weismachen wollte, man habe über-

haupt nicht genug Weizen und es seien außerdem noch andere Anwärter da.

Die obigen Ziffern geben ein anschauliches Bild davon, welche Bedeutung der Getreideexport als politische Waffe besitzt, die gegen eine Reihe demokratischer Länder geführt wird. Kennzeichnend ist aber auch noch etwas anderes. Das gesamte greifbare Getreide wird von dem Ernährungsrat derart niedrig angesetzt, daß die zur Verteilung bestimmte Menge — 23 926 000 Tonnen — nicht einmal 70 Prozent des Gesamtbedarfs deckt, der auf 34 796 000 Tonnen veranschlagt wird. (Beide Ziffern enthalten außer Weizen noch andere Getreidearten.) Man liefert nicht nur den diskriminierten demokratischen Ländern weniger als sie brauchen, sondern selbst Ländern, die eine unbestrittene Priorität haben. Es ist also verständlich, daß man sich hier nicht verrechnet hat, sondern daß der Ernährungsrat ein ganz bestimmtes politisches Ziel verfolgt, indem er hartnäckig seine Getreiderechnungen so zuschneidet, daß immer wieder das ominöse Weltdefizit dabei herauskommt, und sich dabei unentwegt auf die Notwendigkeit beruft, die Getreidebestände aufzufüllen.

Interessant ist, daß die Weizenbestände der vier wichtigsten Exportländer im Landwirtschaftsjahr 1945/46 zwar tatsächlich auf 11 Millionen Tonnen gesunken waren, daß aber gleichzeitig in denselben Ländern 10,5 Millionen Tonnen verfüttert wurden (siehe die Schätzungen in dem von der britischen Regierung im Frühjahr 1946 herausgegebenen Weißbuch Nr. 6785).

Wer diese Zahlen vergleicht, kann das Sinken der Vorräte sehr wohl gänzlich darauf zurückführen, daß solche unglaublichen Weizenmengen an die Schweine verfüttert worden sind. Im Internationalen Notstandsernährungsrat aber genießen die Überseeschweine eine so unstrittige Priorität, daß das Schrumpfen der Vorräte mit den Getreidelieferungen für die hungernde Bevölkerung Europas begründet wird. Dennis A. Fitzgerald, Generalsekretär des Ernährungsrats, erklärte nicht von ungefähr in einer Rundfunkrede vom 9. Juli v. J., er wisse nicht, ob die hungernden Menschen im Ausland mit den Schweinen, den Rindern und dem Geflügel Amerikas konkurrieren können, wenn es um das für sie so lebensnotwendige Getreide geht.

3

Die drohende allgemeine Wirtschaftskrise müßte, so sollte man meinen, die Exporteure veranlassen, den Weizenexport zu forcieren, selbst wenn durch ein starkes Angebot die Preise etwas sinken sollten. Die Grundlage der Getreideexport-

politik der Überseeländer war jedoch, wie bereits gezeigt, eine Drosselung des Exports. Dies tritt besonders für die USA zu, wo sich schon im Juli v. J. die Tendenz zeigte, die Exportkapazität möglichst niedrig zu veranschlagen. Im November wiesen die USA die Bitte der englischen Regierung um weitere große Weizenlieferungen ab.

Nach dieser Abweisung hat übrigens S. Gempell, ein Rundfunkkommentator Reuters, die amerikanische Kalkulation des Getreidedefizits angeprangert. Solange die USA England zusätzliche Lieferungen nicht verweigerten, sagten die Engländer zu der amerikanischen Legende von dem Getreidedefizit ja und amen und führten sogar in ihrem zweiten Weißbuch über die Ernährungslage das uns bereits bekannte erdichtete Weizendefizit von 10 Millionen Tonnen an. Diesmal aber machte Gempell eine Reihe scharfer und zweifellos kritischer Bemerkungen, freilich keineswegs sensationelle, da jeder objektive Beobachter des Marktes sie schon mindestens drei Monate früher voraussehen konnte. Warum die Engländer, insbesondere Gempell, bis zu einem gewissen Zeitpunkt geschwiegen haben, ist verständlich.

In seinen Vorträgen stellte Gempell das Mißverhältnis zwischen dem amerikanischen Weizenausfuhrplan und den wirklichen Ausfuhrmöglichkeiten fest. An Hand von Ziffern und Tatsachen widerlegte er die Behauptung, die Sache liege an geringen Vorräten. Die wahren Motive der Exportpolitik und die taktischen Tricks der für den Lebensmittelexport zuständigen USA-Behörden hat Gempell jedoch nicht aufgedeckt.

Gerade diese Motive sind aber besonders interessant. In der ersten Hälfte des Landwirtschaftsjahrs 1946/47 hat das Landwirtschaftsdepartement der USA wiederholt mitgeteilt, der Getreideversand gehe schleppend vor sich, man habe unglaubliche Schwierigkeiten mit den Transportmitteln, und die Regierung sei fest entschlossen, das festgesetzte Exportlimit nicht zu überschreiten. Etwas später, als Gempell seine Rede bereits gehalten hatte, in der er den amerikanischen Weizenexportplan als lächerlich bezeichnete, wurde mitgeteilt, für den Fall einer gewissen Steigerung des Weizenexports solle der Export anderer Kulturen entsprechend eingeschränkt werden.

Am 16. Dezember teilte das Departement mit, von den für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember zu exportierenden Getreidemengen — insgesamt 3 607 000 Tonnen aller Getreidearten — seien bis zum 1. Dezember, d. h. in fünf Monaten, faktisch 2 356 000 Tonnen ausgeführt worden. Die starke Verzögerung des faktischen

Exports wurde mit Tonnageschwierigkeiten und mit dem Seeleutestreik begründet.

Dies ist ein krasser Fall von Desinformation. Aus der Aufstellung eines gewissen Dow Jones vom 7. Februar d. J. geht hervor, daß die USA in sechs Monaten — vom 1. Juli bis zum 31. Dezember — faktisch 5 Millionen Tonnen Getreide ausgeführt haben, also mehr als das Doppelte dessen, was das Landwirtschaftsdepartement im Dezember für fünf Monate angab. Das Departement erläuterte später, in den Dezemberangaben sei der Mehlexport nicht enthalten gewesen, wodurch sich jedoch nichts an der Sache ändert, da es nun einmal Tradition ist, in Angaben über den Getreideexport auch stets den Mehlexport mit einzubeziehen, es sei denn, das Gegenteil werde ausdrücklich bemerkt.

Die offiziellen Stellen der USA verheimlichten das wirkliche Ausmaß des Getreideexports der USA, um die Legende von dem internationalen Getreidedefizit aufrechterhalten zu können und möglichst großen ökonomischen und politischen Nutzen herauszuschlagen.

Die Taktik, den Export zu tarnen, ist für die ganze erste Hälfte des Landwirtschaftsjahrs 1946/47 charakteristisch.

Jetzt sind bereits über drei Viertel dieses Landwirtschaftsjahrs verflossen, und es tritt besonders klar zutage, wie unzuverlässig die Dezemberangaben des Landwirtschaftsdepartements der USA waren. Die neuesten Angaben über die bis Juni 1947 vorgesehenen Monatslieferungen und die Aufstellungen über die bis 1. Februar erfolgten Lieferungen zeigen, daß der Jahresexportplan die Septembervariante um 33 Prozent, den ursprünglichen Plan um etwa 100 Prozent übersteigt. Diese Ziffern wurden aber angelegentlich geheimgehalten.

Im Januar d. J. gingen die USA von der Politik des konspirativen Exports zu einer Politik ziemlich offenen forcierten Exports über. Zwar werden die neuen Pläne mit Einschränkungen bekanntgegeben, man deckt seine Karten nicht restlos auf, der ganze Ton hat sich aber wesentlich geändert. Diese Schwenkung ist aber in erster Linie auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die Forderungen der Farmer zu berücksichtigen, die dringend eine Erweiterung des Exportprogramms verlangen. In Farmerkreisen begreift man, daß die von der USA-Regierung versprochene Aufrechterhaltung der hohen Inlandspreise bis Ende 1948 gesteigerte Ausfuhr des Getreideüberschusses und maximale Ausnutzung der heutigen Rekordkonjunktur erheischen.

Im Dezember v. J. wurde in den USA die erste Schätzung der künftigen Weizenernte ver-

öffentlicht. Für 1947 wird eine sehr hohe Ernte vorausgesagt, die alle früheren Rekorde in den Schatten stellt. Nachdem man diese Einschätzung der künftigen Ernte publiziert hatte, war die Politik der Exporteinschränkung nicht länger möglich. Infolge des neuen riesigen Weizenüberschusses war das Landwirtschaftsdepartement der USA gezwungen, entweder zuzugeben, daß man die Preise auf dem inneren Markt nicht wie versprochen hochhalten könne, ohne die Anbaufläche einzuschränken, oder den Farmern eine zuverlässige Unterbringung der großen Getreideüberschüsse zu garantieren.

Ende Januar d. J. erklärte Anderson, es sei im Interesse des Exports lebenswichtig, daß die Anbaufläche nicht verringert werde. Der Ausfuhr sei nur durch die Transportmöglichkeiten eine Schranke gesetzt. Die Farmer dürften sich durch die Befürchtung, die USA könnten der entsprechenden Außenmärkte verlustig gehen, nicht von vornherein zur Senkung der Produktion verleiten lassen.

Wie eigenartig sich die Situation gestaltet, geht daraus hervor, daß das Landwirtschaftsdepartement einerseits gezwungen war, sich für eine Schwenkung in seiner Exportpolitik zu erklären, und daß andererseits diese Schwenkung keinerlei negative Folgen für den amerikanischen Export nach sich zog, weder in bezug auf die Preise noch in bezug auf die sich aus den Getreidelieferungen ergebenden politischen Vorteile.

Der Grund hierfür ist, daß im Januar d. J. in einem Teil der europäischen Länder, in denen durch die Frühfröste ein großer Teil der Wintersaaten zugrunde gegangen war, sich ein bedeutend gesteigerter Weizenbedarf geltend machte. Gleichzeitig hat sich die Position der USA auf dem Weltgetreidemarkt auch durch eine etwas zu niedrige Ansetzung der Ernteerträge in den übrigen Exportländern noch mehr gefestigt.

Das Zusammentreffen dieser beiden Faktoren — verstärkte Nachfrage in Europa und zu niedrige Einschätzung der Getreideernte in den übrigen Überseeländern — gab den USA die Möglichkeit, offen ihren Export zu steigern und dennoch die hohen Preise aufrechtzuerhalten.

Im Januar und Februar d. J. sind die Preise für amerikanischen Weizen sogar noch gestiegen, und zwar im Zusammenhang mit dem Börsenboom, der durch große Regierungsankäufe von Exportgetreide hervorgerufen wurde. Diese Preissteigerung, die die „Business Week“ (22. Februar d. J.) „teilweise künstlich“ zu nennen gezwungen war, wurde durch das entstandene Weltmarkmonopol der Übersee-Exporteure ermöglicht.

Das Märchen vom Getreidedefizit ist im Grunde von der USA-Regierung selbst bloßgestellt

worden. Am 28. Februar d. J. erklärte Präsident Truman:

„Wir müssen über unser Programm hinausgehen und fortfahren, im Mai und im Juni soviel Getreide zu verschiffen wie wir können, im Interesse der Stabilität und Freiheit der Welt wie auch in dem auf weite Sicht berechneten Interesse der Vereinigten Staaten.“

Man begreift, daß der Zusatz über das „Interesse der Stabilität und Freiheit der Welt“ zur Tarnung derselben Doktrin dienen soll, die die USA-Regierung veranlaßt hat, hunderte Millionen Dollar auszuwerfen, um in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens die reaktionären, profaschistischen Systeme zu stärken und diejenigen Völker Europas zu bekämpfen, die in ihren Ländern ein wahrhaft demokratisches Regime eingeführt haben. In derselben Richtung führt auch der Internationale Notstandsernährungsrat seine Politik weiter. In seinem Märzbericht über die Verteilung der vorhandenen Getreideressourcen

sagte der Sekretär des Ernährungsrats: „In manchen Fällen ist die erhaltene Einschätzung des Bedarfs noch nicht genügend überprüft, um eine vorläufige Programmschätzung zu rechtfertigen.“ Nach allem, was bisher gesagt wurde, braucht man sich keineswegs zu wundern, wenn diese Länder Rumänien, Ungarn und Jugoslawien sind. Jugoslawien hat man selbst die geringe Getreidemenge gestrichen, die vorher bewilligt worden war.

Daß die USA mit ihrem Getreideexport politische Spekulation treiben, ist klar. Man spekuliert hier mit dem dringenden Lebensmittelbedarf von Millionen Menschen, einem Bedarf, der wie vieles andere auf den zweiten Weltkrieg zurückzuführen ist. Das Märchen vom Getreidedefizit der Welt wurde erfunden und wird aufrechterhalten, um diese Spekulation im Interesse des amerikanischen Imperialismus möglichst lange fortsetzen zu können.

Antwort an Indische Leser

N. BALTIJSKI

IN den letzten Wochen erhielt die Redaktion der „Neuen Zeit“ von indischen Lesern eine Reihe interessanter Briefe über wichtige, aktuelle Probleme sowohl der indischen als auch der europäischen Politik. In einigen dieser Briefe bitten die Leser, ihnen über einzelne sie interessierende Fragen weiteren Aufschluß zu geben, was wir natürlich gern tun.

I

K. K. Sinha aus Delhi schrieb uns einen streng prinzipiell gehaltenen Brief über einen Leitartikel unserer Zeitschrift, betitelt „Das Anwachsen der demokratischen Kräfte in Europa“ (siehe „Neue Zeit“, Jahrgang 1946, Nr. 23). Er spricht uns seine „wärmste Anerkennung“ dafür aus, daß wir „die Demokratie als führendes Prinzip in der Nachkriegspolitik“ hervorheben, und unterstreicht, daß die Zeitschrift, wenn sie vom Demokratismus des zwanzigsten Jahrhun-

derts spricht, damit die „entscheidendste Frage nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt“ anschnidet. Der Briefschreiber empfindet jedoch selbst, daß ihm der Begriff: Demokratismus des 20. Jahrhunderts noch bei weitem nicht klar ist.

Zunächst ist sich K. K. Sinha über das Verhältnis von Demokratismus und Nationalismus im unklaren, wie sich aus folgender Briefstelle ergibt:

„Eine volle Entwicklung der Demokratie des 20. Jahrhunderts setzt voraus, daß man ihr Verhältnis zum Nationalismus klarstellt. Können Demokratie und Nationalismus miteinander in Einklang gebracht werden? In Anbetracht der Tatsache, daß der Faschismus äußerst nationalistisch ist, daß die kommunistischen Parteien benachbarter Länder jetzt miteinander wegen Grenzfragen streiten, und daß es der europäischen Politik Abbruch getan hat, wenn man zuviel Nachdruck auf den Nationalismus statt auf die Demokratie legte, ist es da nicht an der Zeit, daß die Demokratie sich auf eigene Füße stellt, ohne den falschen und trügerischen Rückhalt des Nationalismus zu suchen? Diese Frage ist auch in den nichteuropäischen Ländern von der gleichen Bedeutung.“

Die ganze Unklarheit entspringt hier daraus, daß der fundamentale Unterschied zwischen Patriotismus und bürgerlichem Nationalismus nicht verstanden wird. Hätte sich K. K. Sinha zunächst einmal die Frage folgendermaßen gestellt: Sind Demokratismus und Patriotismus miteinander in Einklang zu bringen?, so hätte er bald eine richtige Antwort gefunden. Jawohl, wahrer Demokratismus steht völlig in Einklang mit aufrichtigem Patriotismus, läßt sich aber keineswegs mit nationalistischer Feindseligkeit gegen fremde Völker vereinbaren. Sein Vaterland zu lieben und die Freiheit der Heimat gegen fremde Unterdrücker zu verteidigen ist Patriotismus, wie ihn die konsequenten Demokraten pflegen. Ist das nicht etwas ganz anderes als die Pflege nationalistischer Vorurteile, als Verachtung und Haß gegen andere Nationen?

Faschisten und andere Reaktionäre benutzen und schüren überall nationalistische Vorurteile im Interesse ihrer volksfeindlichen und imperialistischen Politik. Aber sie sind ja auch gar keine Patrioten, sondern Pseudopatrioten. Wie kann K. K. Sinha sie mit den Kommunisten, die doch die konsequentesten Vorkämpfer der Demokratie und der Freiheit des Volkes sind, in einen Topf werfen? Kennt er denn die Kommunisten so schlecht, daß er sie mit Nationalisten verwechselt? Offenbar verbreiten manche englische Zeitungen in Indien solche Verleumdungen über die europäischen Kommunisten, und K. K. Sinha schenkt ihnen Glauben. Dies ergibt sich aus der Stelle seines Briefs, wo er behauptet, daß „die kommunistischen Parteien benachbarter Länder jetzt miteinander wegen Grenzfragen streiten“. Das ist völlig unrichtig.

Die Grenzfragen einiger europäischer Länder sind noch nicht endgültig geregelt, es ist jedoch allbekannt, daß nicht die Kommunisten, sondern die Nationalisten und Imperialisten bemüht sind, diesbezügliche Streitigkeiten anzufachen. Die Kommunisten sind im Gegenteil in jeder Weise bestrebt, die Grenzstreitigkeiten durch freundschaftliche Abkommen zwischen den Nachbarländern beizulegen. Und am allerwenigsten haben die kommunistischen Parteien benachbarter Länder die Absicht, Grenzstreitigkeiten zu schüren, dessen können unsere Leser in Indien ganz sicher sein.

Hätte K. K. Sinha den Artikel, über den er uns schrieb, aufmerksam gelesen, so hätte er darin einen klaren Hinweis gefunden, wie man die Beziehungen zwischen Demokratismus und Patriotismus einerseits, zwischen Demokratismus und Nationalismus andererseits klärt. In dem Artikel, der sich auf die europäischen Länder bezieht, heißt es ja:

„Der in jedem Lande fortdauernde Kampf zwischen den Kräften der Demokratie und denen der Reaktion wächst sich also zu einem Kampf aus, in dem es darum geht, ob das Land national unabhängig bleiben oder zu einem Vasallenstaat werden soll. Mit jedem Tag wird immer mehr klar, daß die Kämpfer der Demokratie einen patriotischen, die Reaktionäre dagegen einen verräterischen, antinationalen Standpunkt einnehmen.“

Ausführlicher nahm unsere Zeitschrift schon 1945 zu diesem Thema Stellung. So wurde z. B. in dem Artikel „Über den Patriotismus“ (Nr. 1 [11] vom 1. Juni 1945) darauf hingewiesen, daß der wahre Patriotismus unserer Zeit die aufopfernde Bereitschaft zum Befreiungskampf gegen fremde Unterdrücker mit höchst demokratischer und fortschrittlicher Konsequenz in den politischen Bestrebungen vereint. Die Bereitschaft, für die Freiheit der eigenen Nation zu kämpfen, ist eines, etwas völlig anderes aber ist die Bereitschaft, für die Unterdrückung anderer Nationen zu kämpfen. Das eine ist Patriotismus, das andere nicht. Weiter haben wir gezeigt, daß man z. B., wenn man ehrlich sein will, die Herrschaft über Kolonien, die Aufrechterhaltung von Privilegien, mit deren Hilfe die Mutterländer die Kolonialvölker bedrücken und ausbeuten können, keineswegs mit patriotischen Motiven rechtfertigen kann. Die Politik der kolonialen und nationalen Unterdrückung entspricht ihrem Wesen nach nicht den nationalen Interessen des ganzen Volkes eines Mutterlandes, sondern nur den Interessen bestimmter Oberschichten und Klassen, die durch Ausbeutung der Kolonien die Mittel gewinnen, um ihre Vormachtstellung sowohl im eigenen Lande als auch in den Kolonien zu festigen, und die zu einer engstirnigen, eigennützigen Politik auf Kosten anderer Nationen neigen.

Es ist nicht ganz verständlich, was K. K. Sinha eigentlich mit den Worten meint, es habe heutzutage „der europäischen Politik Abbruch getan... wenn man... zuviel Nachdruck auf den Nationalismus legte“. Haben denn die betreffenden Staaten vor dem Kriege in ihrer Politik weniger Nachdruck auf falschen Nationalismus gelegt? Unser indischer Leser hätte sich sicher bemüht, seinen Gedanken klarer und konkreter zu formulieren, wüßte er, daß niemand anders als einer der bekanntesten Vertreter des englischen Imperialismus — Anthony Eden — nach dem Kriege bei seinen Versuchen, einen „Westblock“ zu zimmern, sich laut und vernehmlich beklagt hat, der „Nationalismus“ habe über die Völker des europäischen Kontinents zuviel Macht erlangt. Anlaß zu seiner Klage ist, daß diese Völker sich hartnäckig weigern, ihre staatliche Souveränität aus den Händen zu geben. Die Vertreter des englischen Imperialismus verquicken also absichtlich

den Patriotismus der Völker mit dem Nationalismus. Nicht selten stellen sie auch das Freiheitsstreben des indischen Volkes als Erscheinungsform eines engstirnigen Nationalismus hin.

Die indischen Demokraten haben also allen Grund, gegen eine Vermengung des Patriotismus mit dem volksfeindlichen Nationalismus aufzutreten und sich vor allem selbst vor einer solchen Verirrung zu hüten.

II

K. K. Sinha erkennt den Unterschied zwischen dem Demokratismus des 20. und dem des 19. Jahrhunderts. Dies ist die zweite Unklarheit in seinem Brief.

In dem Leitartikel der „Neuen Zeit“, von dem hier die Rede ist, hieß es: „Für die modernen Staaten ist es zu einer Lebensnotwendigkeit geworden, die Formen und den Inhalt der Demokratie zu erweitern“, und dann wurde an konkreten Beispielen aus dem Leben einer Reihe europäischer Länder (Polen, Jugoslawien, Bulgarien u. a.) gezeigt, worin heute diese Erweiterung der Formen und des Inhalts der Demokratie zum Ausdruck kommt, in welchen verfassungsmäßigen Umgestaltungen, in welchen Wirtschaftsreformen (wie Bodenreform und Verstaatlichung der Großindustrie) und in welcher außenpolitischen Zielsetzung dieser Staaten. K. K. Sinha wendet sich in seinem Brief jedoch von diesem konkreten, durch die Praxis selbst gewiesenen Inhalt des progressiven Demokratismus ab und verlangt statt dessen irgendeine abstrakte „theoretische und politische Formulierung für diese Demokratie des 20. Jahrhunderts“.

Er versucht auch selbst, in drei Punkten eine solche Formulierung zu geben, aber wohin gelangt er damit? Erstens „drückt die neue Demokratie in Europa sich in Wahlen aus“, in denen „die Auswahl der Parteien, der Politik und der Persönlichkeiten frei und mit Hilfe der Wahlurne vor sich geht“. Zweitens „findet die neue Demokratie ihren Ausdruck in der Wahl nicht nur einer größeren Anzahl von Kommunisten, sondern auch von Mitgliedern anderer Linksparteien, wie die Sozialisten, Sozialdemokraten, katholischen Parteien es sind etc.“ Drittens sei die Demokratie des 20. Jahrhunderts nicht als Einparteistaat gedacht, sondern „Koalitionsregierungen sind eher die Regel als die Ausnahme“. Dies ist kurz der Inhalt von K. K. Sinhas Formeln, die eigentlich auf eine einzige Idee hinauslaufen: Wahl von Vertretern verschiedener Parteien ins Parlament und Bildung einer Regierungskoalition aller demokratischen Parteien. Diese Formel drückt natürlich

auch einen gewissen Demokratismus aus, sagt man aber nur dies und nicht mehr, so ist das offenbar Demokratismus des 19. und nicht des 20. Jahrhunderts.

In einem anderen Brief, den wir von einem indischen Leser, S. A. Wahid aus Karatschi, erhielten, geht der Schreiber praktischer an die Frage der neuzeitlichen Demokratie heran. Er verliert sich nicht in abstrakten Definitionen wie K. K. Sinha, bleibt nicht bei Überlegungen über die formelle Seite der Demokratie stehen und gelangt daher bedeutend leichter zu dem lebendigen Inhalt des Demokratismus unserer Zeit. In seinem Brief vom 3. April d. J. spricht er z. B. von den „Resultaten der britischen Mißwirtschaft (misrule) im Laufe von fast zwei Jahrhunderten“. Über die „Freiheit“ Indiens schreibt er folgendes:

„Über ganz Indien verstreute Konzentrationslager, die Nagastämme (die Nackten) im östlichen Assam, die Unberührbaren und Indien selbst als großes Konzentrationslager — dies sind sehr ernste Probleme der Menschenrechte, der Bürgerfreiheiten der Nation usw.“

Auch an einer anderen Stelle seines Briefes, wo er von der Ernährungsfrage spricht, packt Wahid den Stier bei den Hörnern. Er schreibt:

„Indien ist das Land der ständigen Hungersnot; Hunger der Massen ist eine alltägliche Erscheinung. Vertreter Indiens reisen auf ihrer Suche nach Lebensmitteln von Land zu Land. Sie reisen in die Sowjetunion, in die USA, nach Argentinien, Indonesien usw. usf. Um dieses Problem zu lösen, muß eine äußerst primitive Landwirtschaft in eine moderne Form der Bodenbestellung in großem Maßstab umgewandelt werden. Tausende und aber Tausende von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen für ganz Indien sind absolut notwendig...“

Aus diesem Gedankengang entwickelt S. A. Wahid völlig logisch die Notwendigkeit, Indien möglichst rasch zu industrialisieren. Er weiß sehr wohl, daß Indien mit seinen Naturschätzen zu den reichsten Ländern der Welt gehört, daß diese Naturschätze aber infolge der unentwickelten indischen Industrie entweder gänzlich ungenutzt bleiben, oder als unbearbeitete Rohstoffe ausgeführt werden. Er begreift ebenso, daß „die Entwicklung der Industrien Indiens durch hiesige Privatpersonen ein zu langwieriger Prozeß“ wäre. Er kommt also zu dem absolut richtigen Schluß, eine Verstaatlichung der Industrie sei nötig, und schreibt:

„... Staatseigentum und Staatskontrolle sind der einzige Weg für die Entwicklung von Massenindustrien in Indien. Hierfür ist es notwendig, in Indien unverzüglich die Planwirtschaft einzuführen.“

In einem anderen Brief definiert S. A. Wahid die aktuellen Aufgaben der indischen Demokratie noch ausführlicher. Er schreibt:

„Indien steht vor riesigen Problemen. Die ganze Gesellschaft muß reorganisiert werden. Beseitigung des britischen Imperialismus, des Fürstensystems, des Feudalismus, der Grundherrschaft, der Monopole, sowohl der ausländischen als auch der einheimischen. Einführung der Planwirtschaft, des Staatseigentums an den Industrien ... können im Laufe weniger Jahre jedem Mitglied der indischen Gemeinschaft eine anständige Lebenshaltung gewährleisten.“

Solche Aufgaben und Pläne werden jetzt in Indien von vielen namhaften Demokraten vorgebracht bzw. unterstützt. Wir, die wir fern von Indien leben, können natürlich nicht genau beurteilen, inwieweit die von S. A. Wahid gestellten Aufgaben in allen Einzelheiten den heutigen Verhältnissen in Indien entsprechen. Eins aber ist völlig klar, seine Bestrebungen entsprechen dem progressiven Demokratismus auf der Grundlage der Gegebenheiten in Indien. Wahid strebt vorwärts, nicht zurück.

In dieser Beziehung sticht die Einstellung von Demokraten wie S. A. Wahid vorteilhaft von Tendenzen mancher Gandhianhänger ab, die das indische Volk zum Spinnrad, zu einer Gesellschaftsordnung zurückführen wollen, in der jeder Mensch mit seiner Hände Arbeit seine persönlichen Bedürfnisse befriedigt. Hierauf zielt der bekannte Plan ab, den der Gandhianhänger Shri-man Narajan Agharwal für die Entwicklung der Volkswirtschaft entwirft. Dieser Plan, der von einflußreichen Kreisen des Nationalkongresses unterstützt wird, enthält auch eine Reihe wertvoller Ideen, wie z. B.: Verstaatlichung der Großindustrie, der Banken und aller ausländischen Unternehmungen, Einführung eines staatlichen Außenhandelsmonopols, Liquidierung des feudalen Grundbesitzsystems der „Semindari“ u. a. Gleichzeitig aber richtet sich dieser Plan gegen die Industrialisierung Indiens. Er verlangt Dezentralisierung der Industrie, ihre Zerschlagung in Kleinbetriebe, beschränkte Anwendung von Maschinen und Wiederherstellung der indischen Landgemeinde als einer sich selbst versorgenden ökonomischen und administrativen Einheit. Solche Bestrebungen der Gandhianhänger stehen natürlich in direktem Gegensatz zum Demokratismus des 20. Jahrhunderts.

Wenn die Gandhianhänger die kapitalistische Industrialisierung kritisieren, so haben sie in vielem recht. Agharwal führte aus, die Industrialisierung bewirke Konzentration der Reichtümer in den Händen weniger, die die Macht haben und andere Menschen unterdrücken.

Jawohl, die kapitalistische Industrialisierung ist für die Werktätigen tatsächlich ein äußerst qualvoller Prozeß. Wenn Kapitalisten nur aus eigennützigen Motiven heraus ein Land industrialisieren, so ist das eins, wenn ein die Interessen des

schaffenden Volkes wahrnehmender demokratischer Staat es tut, so ist das etwas ganz anderes. Diesen Unterschied verstehen Gandhianhänger wie Agharwal nicht, und sie wollen ihn auch nicht verstehen.

Agharwal schreibt, wenn die Industrialisierung, die zur kolonialen Ausbeutung und zu blutigen Kriegen führt, den Fortschritt des 20. Jahrhunderts symbolisiere, dann möge Gott die Menschen vor einem solchen „Fortschritt“ bewahren.

Agharwal hat sich die Sache nicht richtig überlegt. Zur kolonialen Ausbeutung und zu blutigen Kriegen hat nicht die Industrialisierung, sondern der Imperialismus geführt. Wird die Industrialisierung durch entschlossene Maßnahmen einer unbestechlichen demokratischen Regierung auf Grund der Nationalisierung der Großindustrie, unter wirksamer Kontrolle des schaffenden Volkes ins Werk gesetzt, so gelangt man zu ganz anderen Resultaten. Wir in der Sowjetunion haben die Industrialisierung nicht nach dem Muster der kapitalistischen Länder, sondern nach dem Plan der sozialistischen Demokratie durchgeführt, und unser Volk bereut es nicht, im Gegenteil, wie man weiß, betrachtet es die sozialistische Industrialisierung als die materielle Grundlage seiner Macht und seiner Wohlfahrt.

Es handelt sich darum, ob das indische Volk sich dazu entschließen wird, im Geiste des Demokratismus des 20. Jahrhunderts zu handeln.

III

Dr. K. W. S. Amatya aus Madras, Vorsitzender der „Internationalen Weddapartei“, sandte uns mit seinem Schreiben eine Broschüre, betitelt „Dharma und Staaten“. In dieser Broschüre ist, wie Dr. Amatya es nennt, die ewige Gesellschaftsordnung des Weddadharmas — das Kastensystem — in ihrer ganzen Bedeutung dargestellt. Dr. Amatya behauptet, d'essei eine göttliche Ordnung, die zur universellen Anwendung gelangen und zum allgemeinen Wohl beitragen müsse. Als solche sei sie ein Allheilmittel für alle Altersstufen und jedes Klima.

Nach dieser Empfehlung des Wedda-Kastensystems als einer göttlichen Einrichtung teilt Dr. Amatya uns mit, Mahatma Gandhi bemühe sich jetzt, die Dharmaordnung mit Hilfe des modernen Propagandaapparats zu entstellen und abzuwürfen, es gehe also darum, dieses System zu retten. Dr. Amatya bittet auch die „Neue Zeit“, dabei tatkräftig mitzuhelfen.

Damit ist er natürlich an die falsche Adresse geraten.

Wir sind selbstverständlich nicht Anhänger der Lehren Gandhis, lehnen es aber kategorisch ab, das Kastensystem zu verteidigen. Warum? Weil es nicht nur kein „Allheilmittel“ ist, sondern direkten Schaden bringt. Es gibt kein Land in der Welt, in dem die Sterblichkeit infolge von Krankheiten und Hunger größer wäre als in Indien, dem einzigen Land, in dem heute ein Kastensystem existiert. Die Massensterblichkeit in Indien ist allerdings nicht nur eine Folge des Kastensystems und anderer Überreste der alten Rückständigkeit, sondern vor allem der britischen Kolonialunterdrückung. Die seit Jahrhunderten bestehende Zersplitterung des indischen Volks in streng geschiedene Kasten und einander bekämpfende Religionsgemeinschaften war jedoch stets eine der verhängnisvollen Ursachen dafür, daß das indische Volk sich nicht von dem britischen Kolonialregime frei zu machen vermochte.

Hätten die englischen Imperialisten das große indische Volk so lange knechten können, wäre es nicht so zersplittert und deshalb so kraftlos? Indien hat rund 400 Millionen Einwohner, es gibt dort aber höchstens 150 000 Engländer. Der gesamte englische Apparat in Indien gleicht also einer Fliege auf dem Rücken eines Elefanten. Diese Fliege aber lenkt seit zwei Jahrhunderten den Elefanten nach Belieben. Wäre das denkbar, wenn die englischen Imperialisten nicht die Möglichkeit hätten, die ständige Zwietracht in den Reihen des indischen Volkes auszunutzen?

Manche Inder lassen sich bestechen und helfen den Engländern, ihr Volk zu unterdrücken. Andere fordern die Vertreibung der Engländer aus Indien. Die Gandhianhänger aber erklären, wenn der Elefant durch einen Rüsselschlag die Fliege von seinem Rücken vertriebe, so wäre das Gewalt, die der Gandhischen Lehre der „Gewaltlosigkeit“ widerspreche. Wieder andere fordern, zumindest sollten die englischen Truppen aus Indien abziehen. Die Herrscher der indischen Fürstentümer aber sind dagegen und fordern die englischen Truppen auf, in ihre Fürstentümer zu kommen.

Viele Inder verlangten seinerzeit, man solle England wirtschaftlich boykottieren, andere aber erhoben Einwände, und so blieb alles beim alten. Während des Krieges dachten sich einige Finanzgenies folgende Methode zur Befreiung Indiens von der Herrschaft der Engländer aus: England müsse zum Schuldner Indiens gemacht werden, indem man ihm eine unbegrenzte Menge indischer Lebensmittel auf Kredit überlasse. Die Folge ist, daß die Sterlingschuld Englands an Indien einem Betrag von über 16 Milliarden Rupien gleichkommt. Diese ganze Riesensumme ist jedoch in London eingefroren, und das verarmte

Indien kann weder in England noch in irgendeinem andern Lande die dringend benötigten Maschinen für seine Industrie kaufen.

Besonders entkräftet wird Indien durch den Hader zwischen den Religionsgemeinschaften der Hindus und der Moslems, der manchmal zu blutigen Pogromen führt. Auf diese unerfreuliche Erscheinung ist auch der unversöhnliche politische Antagonismus zwischen dem Nationalkongreß und der Moslemliga zurückzuführen. Die ganze Welt sieht: je schärfer der Kampf zwischen den beiden Parteien, desto mehr Vorteil hat der fremdländische „Dritte“. Wie oft hatten die Vertreter dieses Dritten schon Gelegenheit, ihre imperialistische Politik mit dem heuchlerischen Argument zu begründen, England sei ja bereit, auf jede Variante indischer Unabhängigkeit einzugehen, die Inder selbst könnten sich aber auf keine Variante einigen...

Spricht nicht alles dies dafür, daß es dringend notwendig ist, das indische Volk politisch zu einen?

Man sollte meinen, die wahren Patrioten Indiens müßten um jeden Preis eine Milderung und Aufhebung des Antagonismus zwischen Hindus und Moslems und natürlich auch die Liquidierung des Kastensystems anstreben. Mit besonderer Genugtuung können wir feststellen, daß die indische Arbeiterbewegung den übrigen Schichten des indischen Volkes mit gutem Beispiel vorangeht. Bei allen Streiks gehen die Hindu- und Moslemarbeiter stets Hand in Hand. Während des Kalkuttaer Gemetzels im vorigen August retteten die Arbeiter einer Religionsgemeinschaft ihre Kollegen, die der andern Gemeinschaft angehörten. Gewerkschaftsfunktionäre der Hafenarbeiter und der Arbeiter der Teefabriken fuhren durch Kalkutta mit dem Ruf: „Hindus und Moslems, vereinigt euch!“ Hindu- und Moslemarbeiter der Jutespinnereien schützten gemeinsam ihre Siedlungen, ein gleiches wurde aus Bombay gemeldet.

Aus diesen Tatsachen können wir den Schluß ziehen, daß das Streben nach politischer Einigung des indischen Volkes ein Gebot der Stunde ist, das im heutigen Indien zweifellos mit den konkreten Inhalt des Begriffs der progressiven Demokratie ausmacht. Andererseits haben die Erfahrungen in einer Reihe demokratischer Länder Europas gezeigt, daß man ein Volk oder die überwiegende Mehrheit eines Volkes zu einem einheitlichen politischen Lager zusammenfassen kann nur auf Grund einer politischen Plattform oder eines Aktionsprogramms, die vom Geiste des progressiven Demokratismus durchdrungen sind oder zumindest ihm nicht widersprechen. Eine gegen die Arbeiterbewegung oder gegen die Lebensinteressen der werktätigen

Massen gerichtete Gesetzgebung kann z. B. nur zur politischen Zersplitterung einer Nation beitragen.

Ob das den heutigen führenden Politikern Indiens, den Führern des Nationalkongresses und der Moslemliga, zur Genüge klar ist, wird die nächste Zukunft zeigen.

IV

Noch eine Bemerkung zu dem Brief K. K. Sinhas. Er schrieb:

„Ich möchte ohne die geringste Bosheit oder Absicht darauf hinweisen, daß mir die Sowjetunion nicht als ‚Demokratie des 20. Jahrhunderts‘ erscheint, da sie laut ihrer Verfassung und den Tatsachen ein Einpartei-staat ist.“ Und weiter: „Natürlich ist die Demokratie des 20. Jahrhunderts nicht als Einpartei-staat zu denken.“

Jeder denkt natürlich, wie er kann, wenn jemand aber die elementaren Tatsachen nicht kennt, denkt er selbstverständlich an der Wahrheit vorbei.

Die ganze Welt weiß, daß in der Sowjetunion keine Klassengegensätze herrschen, da es hier keine Klassen gibt, die gegensätzliche Interessen vertreten. Ebenso ist weit und breit bekannt, daß in allen anderen Ländern verschiedene Klassen mit gegensätzlichen Interessen bestehen. Hieraus ergibt sich bereits, daß der Demokratismus in der

Sowjetunion nicht die Existenz verschiedener Parteien voraussetzt, obwohl er dies in anderen Ländern tut.

Das sind elementare Tatsachen. Sie sind K. K. Sinha nur nicht bekannt. Fügen wir noch hinzu, daß die Sowjetunion ein sozialistischer Staat ist. Der Demokratismus in der Verfassung der Sowjetunion ist nicht nur ein progressiver, sondern auch ein sozialistischer Demokratismus. Wer das Staatsleben in der Sowjetunion wirklich ohne Voreingenommenheit studiert, um zu erfahren, was sozialistischer Demokratismus ist, der sieht, daß unter allen Arten des progressiven Demokratismus dies der fortgeschrittenste und konsequenteste ist.

Wie wir in unserer Zeitschrift wiederholt an Hand von Tatsachen nachgewiesen haben, ist der sozialistische Sowjetstaat schon seiner Natur nach frei von imperialistischen Gelüsten, er achtet und verteidigt die Prinzipien der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Nationen und ist ein verlässliches Bollwerk des Weltfriedens. Es ist daher nur natürlich, daß die Anhänger des progressiven Demokratismus in anderen Ländern mit der konsequenten demokratischen Politik, wie sie die Sowjetunion in der internationalen Arena betreibt, völlig solidarisch sind.

Also ist auch die Solidarität mit der Sowjetunion eine wesentliche Erscheinungsform des Demokratismus des 20. Jahrhunderts.

Internationale Umschau

(Notizen)

EIN ZEHNJAHRPLAN FÜR DIE REKONSTRUKTION INDONESIENS

Die Regierung der Indonesischen Republik hat einen Zehnjahrplan für die Rekonstruktion des Landes ausgearbeitet, um seine Unabhängigkeit vom ausländischen Imperialismus ökonomisch zu fundieren.

Indonesiens Wirtschaft stand unter der Kontrolle ausländischer Kolonisatoren. Die ausländischen Kapitalinvestitionen in Indonesien beliefen sich, nach Angaben der Londoner Wochenschrift „World News and Views“, vor dem Kriege auf 4 Milliarden Gulden (500 Millionen Pfund Sterling), wovon 2,6 Milliarden Gulden auf Holland, 370 Millionen Gulden auf England und 240 Millionen Gulden auf die USA entfielen. Die übrigen Investitionen waren deutscher, italienischer, japanischer und anderer Herkunft.

Übergang vom Status eines kolonialen Landes zu selbständiger Wirtschaft und gesicherte Erschließung der reichen wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes in seinem eigenen Interesse, nicht aber zur Bereicherung der ausländischen Imperialisten — das ist die Aufgabe, vor der die Regierung der Indonesischen Republik jetzt steht. Die ersten Schritte in dieser Richtung werden bereits getan. So wird ein Gesetz ausgearbeitet, durch das die Großindustrie und das Eigentum der japanischen und anderer ausländischer Kolonisatoren nationalisiert werden wird.

Der Zehnjahrplan will eine großzügige Entwicklung der nationalen Industrie, Mechanisierung der Landwirtschaft, Entwicklung des Exports und Ausbau des Verkehrs, besonders zwischen Java und Sumatra. Beabsichtigt ist auch eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung und zur Liquidierung des Analphabetentums. Die Volksbildung sowie das Finanz- und Banksystem sollen reorganisiert werden. Die für die Entwicklung der Wirtschaft erforderlichen Mittel werden durch eine innere Anleihe aufgebracht werden. Den Außenhandel beabsichtigt man zu erweitern. Alle ausländischen Staaten werden in den ökonomischen Beziehungen mit Indonesien gleiche Rechte genießen.

Der Zehnjahrplan der Rekonstruktion ist seinem ganzen Wesen nach gegen das Bestreben der holländischen und der anderen Imperialisten

gerichtet, die Kolonialzustände in Indonesien wiederherzustellen und es erneut zum Objekt kolonialer Ausbeutung zu machen. Man hat deshalb natürlich zu erwarten, daß das indonesische Volk keinen leichten Kampf gegen die ausländischen Mächte wird führen müssen, die ihre kolonialen Privilegien in diesem Lande um jeden Preis aufrechterhalten wollen.

DIE ENGLISCHEN INTERESSEN UND DIE JAPANPOLITIK DER USA

Die amerikanischen Besatzungsbehörden in Japan springen mit den britischen Interessen im Fernen Osten ziemlich ungeniert um. Vor nicht sehr langer Zeit erließ General MacArthur einen Befehl, der privaten Handelsvertretern die Einreise nach Japan verbietet. Die englische Presse stellte fest, daß dieser Befehl ein ernster Schlag ist gegen England, das bedeutende ökonomische Interessen in Japan besitzt. Außerdem befürchten gewisse Kreise der englischen Industriellen, daß die amerikanischen Monopole, die sich der japanischen Industrie samt deren billigen Arbeitskräften bemächtigt haben, die englischen Waren von den Weltmärkten verdrängen werden. Dies wird sich in erster Linie auf die Textilindustrie beziehen.

Am 16. Mai, während der Unterhausdebatten über Fragen des Außenhandels, wurde die englische Regierung scharf kritisiert wegen ihrer „defaitistischen Haltung“ in der Fernostpolitik.

Der Labourist D. R. Rees-Williams, der die Gefahr drohen sieht, daß die Sklavenarbeit plus amerikanische Mechanisierung in Japan ein ernstes Problem für die übrige Welt schaffen werden, beschuldigte „einige Amerikaner“, wie „Hehler“ (receivers of stolen goods) gehandelt zu haben. Der Redner erklärte:

„In Japan gab es große Warenmengen — Zinn, Kautschuk, Blei usw. —, kein Regierungseigentum, sondern individuelles Eigentum, das die Japaner aus den englischen Besitzungen weggeführt und nach Japan gebracht hatten. Diese Waren sind nie zurückgegeben worden, trotz der Anfragen in diesem Hause, und auch Kompensationen wurden nicht bezahlt. Wir wissen sehr wohl, daß sie nach Amerika gebracht worden sind. Es gibt keine Handhabe (authority) hierfür im Völkerrecht oder im natürlichen Rechtsgefühl.“

Der konservative Abgeordnete Fletcher erklärte, England habe „ein traditionelles Recht“,

„vollen Anteil“ an der Entwicklung Japans zu nehmen, und der Labourist Paton verlangte für die Engländer Stimmrecht bei der Entwicklung des japanischen Handels. Paton kritisierte die Wirtschaftspolitik der USA, wobei er in der Hitze des Gefechts allerlei darüber ausplauderte, wie die neue japanische Verfassung in Wirklichkeit zustande gekommen ist. Er erklärte:

„Jedermann weiß, daß sie in Wirklichkeit von General MacArthur selbst und seinem Stellvertreter, General Whitney, zurechtgemacht und dem Parlament und dann der Fernostkommission als ein fait accompli präsentiert wurde.“

Die Schärfe, mit der die Fernostpolitik der USA im Unterhaus kritisiert wurde, unterstreicht die Gegensätzlichkeit der englischen und der amerikanischen Interessen im Fernen Osten. Trotz der Aufteilung der „Einflußsphären“ und obgleich England den USA in Japan freie Hand gewährt, kann das amerikanische Bestreben, das Land in eine Domäne der USA zu verwandeln, die Briten offenbar nicht zufriedenstellen.

LYNCHGERICHT IN SÜDKAROLINA

Im Februar d. J. lynchte eine Bande von Rassenfanatikern in Südkarolina einen jungen Neger namens Willie Earle. Dieser Neger wurde ohne jeden Grund und Anlaß beschuldigt, einen Taxichauffeur ermordet zu haben, und ins Gefängnis geworfen. Ohne die Untersuchung und das Gerichtsverfahren abzuwarten, belagerte ein Haufe von Chauvinisten das Gefängnis und setzte es durch, daß der Verhaftete ihm ausgeliefert wurde. Der Neger wurde in einen Kraftwagen gesetzt, die Lynchrichter bestiegen mehrere Auto-droschken, fuhren vor die Stadt, rissen Earle aus dem Wagen heraus und mißhandelten ihn bestialisch, worauf der Bandenführer Hurd den unglücklichen Earle schließlich erschöß.

Solche Lynchmordtaten rufen in den fortschrittlichen Kreisen der USA begreifliche Empörung hervor. Um der öffentlichen Meinung Tribut zu zollen, ließen die Behörden die Teilnehmer der geschilderten Untat verhaften, wobei die

reaktionäre Presse nicht versäumte, den Fall auszunutzen, um die amerikanische Rechtspflege auf den Schild zu heben.

Begleitet von heuchlerischen Lobgesängen über die Vollkommenheit der amerikanischen Demokratie, wurde in dem Städtchen Greenville gegen die Mörder Earles verhandelt. Alle Umstände sprachen dafür, daß diese Chauvinisten nicht nur, wie die Anklageformel besagte, „sich zum Morde verabredeten“, sondern Earle auch wirklich ermordet haben. Allein mit Hilfe juristischer Winkelzüge und der für das amerikanische Gerichtssystem charakteristischen Rechtsverdrehungen fand der Richter Martin Mittel und Wege, ein freisprechendes Urteil zu erwirken. Die Zeugenaussagen, die gegen die Mörder sprachen, wurden von dem Richter einfach annulliert. So wurden die Aussagen mehrerer Angeklagter annulliert, die bestätigten, daß Hurd die Schüsse auf den zu Boden gefallenen Neger mit seinem Revolver abgegeben hat. Annulliert wurden auch die Aussagen der Angeklagten, wonach ihre Helfershelfer Earle, während er noch lebte, Fleischstücke aus dem Leibe rissen...

Die Verteidiger der Mörder propagierten vor Gericht den Rassenhaß. Der Advokat Culbertson erlaubte sich vor den Geschworenen die folgende Äußerung über die Neger überhaupt:

„Earle ist tot, und ich möchte, daß noch mehr seinesgleichen tot wären...“

In seinen letzten Instruktionen an die Geschworenen sagte der Richter, sie könnten die Angeklagten nur dann des Mordes für schuldig erklären, wenn bewiesen werde, daß diese die Tötung „in verbrecherischer Absicht“ unternommen haben.

Das Greenviller Gericht sprach die Mörder Earles frei und bestätigte dadurch, daß die Lynchjustiz an einem Neger nicht „verbrecherischer Absicht“ entspringt und ungestraft bleibt. Diese These ist in keinem amerikanischen Gesetz niedergeschrieben und wird nirgends offiziell verkündet. Aber sie bleibt unverbrüchlich in Kraft. Unter dem Lärm von Redensarten über Demokratie und Rechtspflege verwandeln sich die Prozesse gegen Lynchmörder jedesmal in eine beschämende Gerichtskomödie.

P-hjông-jang

(Reisenotizen)

W. PERLIN

DIE STRASSEN P-hjông-jangs überraschen durch unerwartete und starke Kontraste. Ein paar Schritte von den asphaltierten zentralen Straßen liegt ein Labyrinth schmaler finsterner Gäßchen. In der Innenstadt stehen koreanische Miniaturhäuschen mit dicht vergitterten Fenstern und Türen neben vornehmen Villen und soliden Gebäuden, in denen noch vor kurzem japanische Banken, Aktiengesellschaften und Handelskompanien ihr Domizil hatten. Einem vor einen vorintflutlichen zweirädrigen Karren gespannten störrischen Ochsen gibt eine glänzende neue Limousine an der Straßenecke wütende Hupensignale. Ein schmales katholisches Kreuz ragt von einem gotischen Glockenturm neben einem exotisch gebauten Buddhatempel zum Himmel auf. Ein Modepüppchen in Nationaltracht — gefalteter Samtrock bis an die Fersen, grellbuntes kurzes Mieder und ganz moderne Frisur — trippelt immer einen Schritt hinter ihrem Gatten her, einem wohlgenährten, europäisch gekleideten Gentleman. Die Sitte verbietet ihr, neben ihm zu gehen: der Platz der Frau ist weiter hinten.

Vor anderthalb Jahren war jeder elfte Bewohner dieser koreanischen Stadt ein Japaner. Mehrere zehntausend japanische Beamte, Händler, Fabrikanten und Polizisten hielten in P-hjông-jang die schönsten Häuser und die besten Stadtviertel besetzt. Heute sieht man keine Japaner mehr auf den Straßen.

P-hjông-jang ist die Hauptstadt Nordkoreas. Sie gehört seit der Kapitulation Japans zu der Zone, in der die Sowjetunion die militärische Verantwortung hat, ähnlich so, wie Südkorea die Zone bildet, die der Verantwortung der USA untersteht. P-hjông-jang ist ein großes Verwaltungs-, Industrie- und Kulturzentrum mit etwa einer halben Million Einwohner. Die Stadt ist ein wichtiges Zentrum auch für das gesellschaftliche, politische und kulturelle Leben des Landes. Hier tagt das Präsidium der Volksversammlung — des höchsten Organs der Volksmacht Nordkoreas — und des Volkskomitees Nordkoreas — des Zentralorgans der Exekutivgewalt im Norden. Hier befinden sich die leitenden Institutionen der Parteien und Verbände, die der nationalen demokratischen Einheitsfront Nordkoreas angehören: der Arbeitspartei, der

Demokratischen Partei, der Vereinigten Gewerkschaften Nordkoreas, des Bauernbundes, des Demokratischen Jugendverbandes, der Vereinigung der Literaten und Künstler, des Frauenbundes. In P-hjông-jang erscheinen etwa zehn große Zeitungen: „Mindiu Tschosen“, das Organ des Präsidiums der Volksversammlung und des Volkskomitees Nordkoreas, „Nodong Sinmun“, das Organ der Arbeitspartei, die Gewerkschaftszeitung „Nodongdja Sinmun“ das Organ der Demokratischen Partei — „Tschosen Sinmun“, die Zeitungen „Tschosen Mindiubo“, „Kaibek Sinbo“, „Mindiu Tschönen“, „Orini Sinmun“.

Die Stadt lebt ein mit voller Kraft pulsierendes Leben. Eine große Menge von Koreanern hat sich vor einem mit Hieroglyphen bedeckten Anschlagbrett versammelt. Hier werden die letzten Neuigkeiten bekanntgegeben. Fröhliche Lieder singend, marschiert eine Kolonne von Gymnasiasten mit Messingkokarden an den Schülermützen vorbei. Zigaretten- und Apfelverkäufer bieten mit lauter Stimme ihre Waren aus. Nicht nur über die Bürgersteige, sondern auch über die Fahrwege fluten in breiten Reihen die Passanten. Das vielstimmige Tosen der Menge verschmilzt mit dem Geknatter der geschickt lavierenden Lieferwagen, den Signalen der Straßenbahnen und Kraftwagen, der Rundfunkmusik, die aus den Türen der Werkstätten für elektrische Geräte hervordringt, und den Klingelsignalen der Radfahrer — eine in der Vielfalt ihrer Töne ziemlich betäubende Symphonie.

* * *

Im Februar tagten in P-hjông-jang der Kongreß des Volkskomitees und die erste Session der Volksversammlung Nordkoreas. Die Stadt ist festlich geschmückt. Von den Sims der Gebäude hängen fast bis zum Boden lange seidene Spruchbänder mit Hieroglyphen herab. Die darauf geschriebenen Losungen rufen dazu auf, die Volksmacht zu konsolidieren, die Arbeitsproduktivität zu steigern und mit den Volksmitteln sparsam umzugehen. Ebensolche Losungen überspannen die Straßen und hängen an hohen Säulen längs der Bürgersteige herunter. Wohin man auch blickt — Transparente und Plakate. In besonders feierlichen Fällen führen die Koreaner gern

Ehrenpforten auf. Auf den Plätzen der Stadt und sogar an den Hauseingängen sieht man solche geschmückten Bögen aufragen. An vielen von ihnen sind von Tannengrün umflochtene und mit bunten, kunstreich hergestellten Papierblumen geschmückte Porträts J. W. Stalins und Kim Ir Sens, des Vorsitzenden des Volkskomitees Nordkoreas, angebracht.

Die erste Tagung der Volksversammlung wurde in einem der besten Gebäude der Stadt eröffnet. Die Bühne ist mit zwei riesigen Tüchern ausgekleidet: einem weißen mit schwarz-rottem Kreis — der koreanischen Nationalflagge — und einem roten mit Sichel und Hammer — der Staatsflagge der Sowjetunion.

Es sind 237 Deputierte im Saale anwesend — Bauern, Arbeiter, Intellektuelle, Handwerker, Priester, Händler, Gewerbetreibende —, die Vertreter der verschiedensten Schichten der Bevölkerung der sechs Provinzen von Nordkorea. Auch viele Gäste sah man, ferner Kameramänner und Zeitungskorrespondenten.

Auf die Tribüne steigt ein Mann mit energischem einfachem Gesicht. Er wird mit tosendem Händeklatschen begrüßt. Das ist Kim Ir Sen, ein Held der nationalen Befreiungsbewegung, früherer Kommandeur von Partisanenabteilungen, die gegen die Japaner kämpften, einer der populären Führer des koreanischen Volkes. Er erstattet den Rechenschaftsbericht des Provisorischen Volkskomitees.

Das Volk Nordkoreas, das die Sowjettruppen von der japanischen Kolonialsklaverei befreit haben, hat in der kurzen Zeit eine große, historisch bedeutsame Arbeit an der Demokratisierung des Landes und der Wiederherstellung der nationalen Wirtschaft und Kultur geleistet. Der breite Block der demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, der mehr als fünf Millionen Personen vereinigt, ermöglichte es dem Provisorischen Volkskomitee, eine Bodenreform zu verwirklichen, die den Japanern und ihren Helfershelfern gehörenden Großbetriebe, die Banken, das Verkehrswesen, das Postwesen zu nationalisieren, eine Arbeitsgesetzgebung einzuführen und den Frauen gleiche Rechte zu gewähren. Für die Interessen des Volkes eintretend und seine alten Träume und Herzenswünsche in die Tat umsetzend, hat die neue, wahrhaft demokratische Staatsgewalt in Nordkorea sich das Vertrauen und die Achtung von Millionen Koreanern und Koreanerinnen erworben.

Kim Ir Sen beendet seinen Bericht mit den folgenden Worten:

„Alle unsere Errungenschaften, alle unsere Erfolge im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben hängen in höchstem Maße von der

aufrichtigen und selbstlosen Hilfe ab, die uns die Sowjetunion gewährt hat. In Übereinstimmung mit dem Moskauer Abkommen verwirklicht die Sowjetunion die allseitige Unterstützung unseres Landes... Der Sowjetunion, der Sowjetarmee und Generalissimus Stalin herzlichen Dank für ihre Hilfe und Unterstützung!“

* * *

Einmal betraten wir einen kleinen Laden, unter dessen großem, mit Hieroglyphen beschriebenen Aushängeschild in nicht ganz fehlerfreier russischer Sprache geschrieben stand: „Wurst, Schokolade, Eier, Äpfel in guter Qualität im Verkauf!“

Ein hagerer Alter in den unvermeidlichen gestärkten weißen Pluderhosen, die an den Knöcheln mit einem Band zusammengebunden werden, und einem breitschößigen, auf der Brust zusammengehaltenen orientalischen Schlafrock (Turumagi genannt) preist eifrig seine sogenannte Krakauer Wurst an.

Der alte Tsek hat einige russische Sprachkenntnisse, so daß wir uns unterhalten können:

„Ja, ja, die Geschäfte gehen nicht schlecht. In dieser schweren Zeit darf man nicht klagen: Reis und Fleisch sind immer auf dem Tisch. Aber der Handel ist etwas Zeitweiliges.“

Auf unsere Frage, was denn seine ständige Beschäftigung sei, vertraut uns der Händler an:

„Ich habe ein gewisses Eigentum...“

Dieses gewisse Eigentum bestand aus zwanzig Hektar Land, die der Gutsbesitzer Tsek an Bauern verpachtete. Tsek gefällt natürlich die Bodenreform nicht, er hält sie für ungerecht und fühlt sich durch sie gekränkt.

„Die Leute sagen, mit der Zeit würde ich mein Land zurückerhalten“, so beendet der Alte düster das Gespräch.

Die Leute sagen: gemeint sind natürlich diejenigen, denen die Interessen des Volkes und seine demokratischen Bestrebungen fernliegen.

Nordkorea marschiert zuversichtlich voran auf dem Wege der wahrhaft demokratischen Entwicklung. Das sehen und begreifen alle, und die koreanischen Patrioten sind freudeerfüllt. Das ist jedoch nicht nach dem Herzen der Gutsbesitzer, der Beamten, die früher unterwürfig den japanischen Herren und den Spekulanten dienten, die durch die Entbehrungen des Volkes reich wurden. In irgendeinem verlorenen Winkel der Stadt taucht wohl einmal ein provokatorisches Flugblatt auf oder wird von unterirdischen Kräften ein unsinniges Gerücht verbreitet.

Die Reaktionäre Südkoreas, die sich der Schutzherrschaft der amerikanischen Militäradministration erfreuen und von den Usurpatoren

Kim Ku und Li Seung Man geführt werden, spekulieren auf die Schwierigkeiten, die die Folge der japanischen Herrschaft und der jetzigen Zerreißung des Landes längs dem 38. Breitengrad sind. Sie versuchen, das Volk Nordkoreas zu veranlassen, von dem richtigen Wege abzuschwenken. Vergebliche Mühe!

Der Gutsbesitzer Tsek hofft noch, er werde sein Gut zurückerhalten. Für den Bauern aber ist die Aufteilung beschlossene Sache — er wird den Boden nicht zurückgeben.

...Aus dem Dorf Punjur in der Provinz Huanhaido ist Kim Le Wen zum Kongreß der Volkskomitees eingetroffen. Dieser sehnige Bauer mit seinem kurzgeschnittenen grauen Haar und seinem faltenreichen Gesicht ist in fast ganz Nordkorea bekannt. Sein Name verschwindet nicht aus den Zeitungen und Zeitschriften, ihm ist ein neues Schauspiel im Zentralen Künstlertheater gewidmet, von ihm berichtet die Filmwochenschau.

Der Lebensweg Kim Le Wens ähnelt dem Leben von Millionen koreanischer Landwirte zum Verwechseln. Seit seiner Kindheit tagelohnerte er beim Gutsbesitzer. Dann pachtete er eine winzige Bodenparzelle. Sein Los aber änderte sich dadurch wenig: die gleiche übermäßige Arbeit, die gleiche ausweglose Not. Zweimal erhob sich das Dorf gegen den blutsaugenden Gutsbesitzer und den japanischen Polizisten, und zweimal endete die Sache für Kim Le Wen mit Gefängnis. Kim kehrte erst zum Leben zurück, als russische Soldaten in Korea einmarschierten und das Volk die Japaner aus dem Lande und den Gutsbesitzer aus dem Dorf vertrieb. Das Volkskomitee teilte Kim Boden zu. Das war für ihn eine Wiedergeburt im vollen Sinne des Wortes. Als Kim Le Wen im vorigen Herbst eine reiche Ernte einbrachte, lieferte er aus seinem Überschuß unentgeltlich 30 Sack Reis an den Fonds für die Konsolidierung der Volksmacht ab. Die patriotische Initiative des Bauern aus dem Dorfe Punjur wurde von der gesamten Bauernschaft Nordkoreas aufgegriffen. Tausende Zentner Reis wurden dem Fonds zugeführt.

„Man muß dem Lande helfen, auf die Beine zu kommen“, sagt Kim Le Wen...

„Ich darf jetzt nicht schlecht arbeiten, Korea muß hochgebracht werden“, sagt Han Ki Hen, ein Metallarbeiter der Werkzeugfabrik.

Schon ein Vierteljahrhundert steht Han Ki Hen an seiner Drehbank. Sieht man diesen kleinen, ausgedörrten, gekrümmten alten Mann an, so glaubt man kaum, daß er erst fünfzig Jahre alt ist. Die japanischen Herren haben Han Ki Hen die Kräfte ausgesogen. Er hat sich niemals sattessen können.



„Lärmorchester“ auf einer Straße in P-hjông-jang.

Photo W. LIPATOW.

Auch heute ist das Leben noch nicht leicht. Aber Han Ki Hen weiß, daß seine Arbeit dem Wohle des Volkes dient. So arbeitet er, ohne die Hände in den Schoß zu legen. Nicht weniger als 200 Prozent des Plans — das ist seine oberste Devise.

Wir sahen bei der Arbeit die Dreher des Instrumentenwerkes, die Kohlenhauer des Sadon-Bergwerkes, die Arbeiter des großen Zuckerkombinats Tschosen Koks, Trikotagearbeiterinnen, Transportarbeiter, Gummiarbeiter und Zimmerleute von P-hjông-jang. Es fehlt an Rohstoffen, Ausrüstungen, Brennstoffen, und dennoch tun sie alles, um ihren Auftrag zu bewältigen und das Produktionsprogramm ihrer Abteilung, ihrer Werkstätte, ihrer Fabrik zu erfüllen.

Am 1. März fand in P-hjông-jang eine Demonstration statt anläßlich des Jahrestages des Aufstandes, den das koreanische Volk 1919 gegen seine japanischen Unterdrücker unternahm. Niemals hat die Stadt eine so machtvolle Demonstration gesehen. Fast die gesamte Stadtbevölkerung marschierte in disziplinierten Kolonnen durch die Straßen. Diese Demonstration wurde zu einem anschaulichen und imposanten Beweis für die Unterstützung, die das Volk den Volkskomitees zuteil werden läßt.

* * *

Die poetische und rührende koreanische Erzählung „Sim Tschöng Dzen“ — die Geschichte eines Mädchens, das sich aufopfert, um seinem blinden Vater die Sehkraft wiedergeben zu können — diente als Sujet für ein Stück, das unter der

Regie Kim Il Jens im Zentralen Künstlertheater aufgeführt wird.

Das Schauspiel hat großen Erfolg. Die Schauspielerin Pak Jen Sön erzählte uns nach der Aufführung, wie sie im vorigen Herbst mit einer Delegation gesellschaftlicher und kultureller Organisationen Nordkoreas in der Sowjetunion war, die Theater Moskaus, Leningrads und Tbilisis besuchte, und von welcher großen Bedeutung die Sowjetkunst in ihrem Künstlerleben war und ist.

In Nordkorea geht der mühsame, aber freudvolle Prozeß der Wiedergeburt der nationalen Kultur, Kunst und Literatur vonstatten. Das Volk strebt eifrig nach Elementarschulbildung, nach Kenntnissen, nach Wissenschaft. Zahlreiche neugeschaffene Schulen arbeiten an der Liquidierung des Analphabetentums. Die Elementarschulen und Gymnasien werden von einer viel größeren Schülerzahl besucht als früher. Als im September v. J. in P-hjông-jang eine Volksuniversität eröffnet wurde, schrieben koreanische Jugendliche ihr Aufnahmegesuch mit Blut! Die Universität konnte natürlich nicht alle Bewerber aufnehmen. An den Fakultäten für Landwirtschaft, Industrie, Physik und Chemie, Verkehrswesen, Medizin, Geschichte und Philologie, Wirtschaft und Recht studieren mehr als 2000 Studenten. Rektor der Universität ist ein im Fernen Osten bekannter Sprachforscher, Kim Du Bong, der Schöpfer der modernen koreanischen Grammatik.

Er vereinigt dieses Amt mit dem verantwortungsvollen Posten des Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung von Nordkorea. In der Universität üben namhafte koreanische Gelehrte ihr Lehramt aus, darunter der Neurochirurg Tiang Ti Rhea, der Sprachwissenschaftler Kim Su Tschen, der Biologe Li Su Ir, der Physiker Tong San Nok. Manche Hochschullehrer, wie z. B. Ge In San und Tsoi In Sek, sind aus Südkorea, von der Universität Söul, zugereist, wo der amerikanische Rektor derart reaktionäre Zustände eingeführt hat, daß sowohl Lehrer als auch Studenten von dort fliehen. Sechzig von der Söuler Universität entlaufene Studenten setzen ihr Studium jetzt auf der nordkoreanischen Volksuniversität fort.

P-hjông-jang ist das Zentrum des literarischen Lebens. In den belletristischen Zeitschriften „Mounhwa Gönser“ und „Dzesö Gönser“ werden neue Gedichte, Erzählungen und Stücke koreanischer Schriftsteller veröffentlicht — Li Gi Jens, Kim Sar Jangs, Li Tschangs, Tsoi Meng Iks. In der Zeitung „Nodong Sinmun“ wurde kürzlich in mehreren Fortsetzungen ein neues Poem des Dichters Te Gi Tscheng veröffentlicht — „Piaktusan“, das dem Kampf der koreanischen Partisanen gegen die Japaner gewidmet ist. Nach der Kraft seines Gefühls, der Tiefe seiner Gedanken und der Ausdrucksstärke der von ihm geschaffenen Bilder ist das Poem eines der hervorragendsten Werke der modernen koreanischen Literatur.



Koreanische Jugendliche demonstrieren in P-hjông-jang.

Photo W. LIPATOW.

Fast in jedem Stadtviertel findet man mehrere Buchhandlungen. Die meisten von ihnen sind im Laufe der letzten Monate eröffnet worden. Die Koreaner lesen viel. Die Türen der sowjetrussischen Buchhandlung „Meshdunarodnaja Kniga“ werden niemals geschlossen. Die Werke russischer Schriftsteller, Zeitschriften und Zeitungen aus der Sowjetunion sind stets sofort ausverkauft.

* * *

Am Sonntag pilgern die festlich gekleideten Stadtbewohner nach Moranbong, einem malerischen Hügel, auf dessen Abhang ein großer Park angelegt ist. Moranbong ist eine beliebte Erholungsstätte nicht nur deshalb, weil man von hier einen schönen Ausblick auf die Stadt hat — es ist auch eine der ehrwürdigsten historischen Stätten Koreas. Der Überlieferung zufolge hat hier vor mehr als 4000 Jahren die Geschichte des koreanischen Volkes begonnen. Hier finden sich Denkmäler des koreanischen Altertums: ein Buddhatempel, steinerne Triumphbögen, aus Anlaß historischer Ereignisse errichtet, und das Grab des Königs Kō Dsa.

Ein asphaltierter Weg windet sich, von schlanken, noch kahlen Pappeln bestanden, nach oben. Die alten Bauwerke mit ihren bizarren, an den Ecken hochgebogenen Dächern entzücken durch ihre schönen Proportionen und altertümlichen Ornamente. Die massiven Festungsmauern am Rande eines steilen Abhangs sind durch die Einwirkung der Zeit und des Windes abgebröckelt und grau geworden.

Den Gipfel Moranbongs krönt ein leichter, graziöser Obelisk mit einem glitzernden fünfzackigen goldenen Stern. Dieser Obelisk ist aufgeführt worden zum Andenken daran, daß die Sowjetarmee Nordkorea von den japanischen Imperialisten befreit hat. Auf dem Obelisksockel eingemeißelt liest man in russischer und koreanischer Sprache Worte des Dankes an die Kämpfer der heroischen Armee der Sowjetunion und an Generalissimus Stalin. Worte des Dankes dafür, daß das koreanische Volk von der japanischen Sklaverei befreit ist und daß Korea seine Freiheit und Unabhängigkeit wiedererhalten hat.

Die japanischen Kolonisatoren boten alle Anstrengungen auf, damit das koreanische Volk die Geschichte seines Heimatlandes vergesse und auf seine eigene nationale Kultur verzichte, da sie die restlose Assimilation der Koreaner und ihre Vernichtung als Nationalität anstrebten.

Es wurde ein asphaltierter Weg nach Moranbong angelegt, aber Koreaner durften den historischen Hügel nicht besuchen. Nur Japanern war der Zutritt erlaubt. Die wertvollsten Denkmäler des koreanischen Altertums wurden nach Tokio weggeführt und die Schaukästen des historischen Museums in Moranbong mit Exponaten gefüllt, die Koreas Geschichte verzerren und seine materielle Kultur als minderwertig hinstellen sollten...

Die japanischen Kolonisatoren bemühten sich, Koreas Geschichte der Vergessenheit zu überantworten. Sie wollten ihm seine Zukunft nehmen. In Nordkorea sahen wir, wie das Land seine Vergangenheit — seine Geschichte — und seine Zukunft zurückgewinnt.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Aus der Geschichte des Krieges und der Widerstandsbewegung in Frankreich

P. WISCHNIAKOW

SEIT KRIEGSENDE sind in Frankreich nicht wenig Bücher von Teilnehmern und Historikern der Widerstandsbewegung erschienen. Veröffentlicht wurden Memoiren und Dokumente aus den Jahren 1941–1944, die nicht nur eine richtige Vorstellung von dem Kampf des französischen Volkes gegen die Hitlerokkupanten vermitteln, sondern auch diese Periode des Krieges in einem neuen Licht zeigen. Insbesondere geben die veröffentlichten Dokumente Anlaß zur Revision vieler landläufiger Vorstellungen von der Politik der angelsächsischen Mächte in bezug auf die Widerstandsbewegung und auf den Befreiungskampf, den das Volk sowohl in Frankreich als auch in anderen westeuropäischen Ländern vor der Landung der alliierten Truppen in der Normandie gegen die faschistischen Okkupanten geführt hat.

Die französischen Beobachter und Teilnehmer der Widerstandsbewegung schätzen die Handlungsweise des englischen und amerikanischen Oberkommandos wesentlich anders ein, als das von offizieller englischer und amerikanischer Seite geschehen ist.

So hieß es u. a., daß die englischen und amerikanischen Behörden den Befreiungskampf der demokratischen Kräfte Westeuropas aktiv unterstützt und ihnen sowohl militärisch als auch materiell geholfen haben.

Dies wird durch das Zeugnis der Teilnehmer und die Forschungsergebnisse der Historiker der französischen Widerstandsbewegung widerlegt. Sie stellen fest, daß die reaktionären Politiker und Militärs Englands und der USA in den von Hitler okkupierten Ländern ganz im Gegenteil eine Politik betrieben haben, die den gegen die deutschen Okkupanten kämpfenden demokratischen Kräften der Widerstandsbewegung feindlich war.

Vor der Landung der alliierten Truppen an der französischen Küste, besonders nach dem großen Sieg von Stalingrad, wurde dieser Kampf bekanntlich aktiver. Zur selben Zeit waren, wie die Teilnehmer der Widerstandsbewegung bezeugen, die Bemühungen des englischen und des amerikanischen Oberkommandos unzweideutig darauf gerichtet, die Befreiungsbewegung des

Volkes zu unterdrücken. Hinter den Kulissen des Krieges gegen Deutschland spielte sich eigentlich ein zweiter Krieg ab, ein Krieg gegen die demokratischen Kräfte der westeuropäischen Länder.

Diesen zweiten Krieg führte die englische und die amerikanische Reaktion, um in den westeuropäischen Ländern nach dem Kriege ein politisches Regime nach eigenem Geschmack, nicht nach dem Willen der Völker dieser Länder, aufrichten zu können. In den Plänen der französischen und der internationalen Reaktion nahm die „Sicherung der Ordnung“ in Frankreich nach dem Abzug der Deutschen wesentlichen Raum ein.

Hiervon erzählen Teilnehmer des Befreiungskampfes in Frankreich sowohl aus der Zeit der deutschen Okkupation als auch aus der Zeit nach der Landung der alliierten Truppen in der Normandie.

Jacques Madaule stellt in seiner „Geschichte Frankreichs“* fest, daß die reaktionären Kreise eine Zeitlang ihre Hoffnung auf die „Waffenstillstandsarmee“ von Vichy setzten, die Hitler nach Unterzeichnung des französisch-deutschen Waffenstillstands im Jahre 1940 Pétain dagelassen hatte, damit sie nach dem Abzug der Deutschen aus Frankreich den „Ordnungshüter“ spiele. Madaule schreibt:

„Andere, vielleicht aber auch dieselben, erblickten in der Waffenstillstandsarmee ein Instrument der öffentlichen Ordnung. Sollten die Deutschen Frankreich je eines Tages verlassen müssen, dann würde die Situation dort sogleich revolutionär werden. Die Armee sollte durch unverzügliches Eingreifen helfen, das Schlimmste abzuwenden und mit wohlmeinender Unterstützung der Amerikaner die Meuterei niederwerfen. Die französische Bourgeoisie war damals ständig von Furcht vor einer neuen Kommune besessen.“

Madaule weist darauf hin, daß derartige Kalküle durch die Tatsache Nachdruck gewannen, daß sich der amerikanische Botschafter, Admiral Leahy, in Vichy und der amerikanische Generalkonsul Murphy bei Weygand in Nordafrika aufhielten.

Auch die führenden Kreise der de-Gaulle-Anhänger in London sahen damals in der Pétainarmee ein Werkzeug zur Unterdrückung der im Kampf

* Jacques Madaule, Histoire de France, Paris 1945.

gegen den Hitlerfaschismus neuerstandenen demokratischen Kräfte (ihnen wurde, wie das bei der Reaktion so Brauch ist, die Absicht zu „meutern“ angedichtet).

Wie bekannt, hatte de Gaulle in London ein militärisches Organ, das Zentralnachrichten- und Aktionsbüro (Bureau Central de Renseignements et d'Action) geschaffen, formal zur Leitung der militärischen Aktionen im besetzten Frankreich, in Wirklichkeit aber zur Bekämpfung der demokratischen Organisationen. Dieses Büro war seiner Zusammensetzung nach gerade für die letztgenannte Aufgabe besonders geeignet, da es in der Hauptsache aus französischen Faschisten — Cagoulards und de-la-Rocque-Leuten — bestand.

Ein anderer Historiker der Widerstandsbewegung, Adrien Dansette, berichtet in seinem Buch „Die Geschichte der Befreiung von Paris“*, das erwähnte Zentralbüro de Gaulles habe kein autonomes Amt dargestellt, das völlig freie Hand hatte. Seine Aktionsmittel seien größtenteils englischer Herkunft gewesen, und es habe über das Material nicht ohne Zustimmung der Engländer verfügen können.

Nach Ansicht demokratischer Organisationen Frankreichs war das Büro de Gaulles bereit, „das Pétainregime zu unterstützen oder die Vorkriegspolitik zurückkehren zu lassen“, nur um die Teilnehmer des Befreiungskampfes gegen die Hitlerfaschisten daran zu hindern, nach dem Abzug der Deutschen ein demokratisches Regime in Frankreich aufzurichten.

Dieses Büro suchte von London aus die Befreiungsbewegung der demokratischen Organisationen abzuwürgen, indem es ihre Betätigung einengte und „nur gewisse kleinere Operationen“ zuließ**.

Die feindselige Haltung des englischen und des amerikanischen Oberkommandos gegenüber den in Frankreich kämpfenden demokratischen Organisationen ist besonders deutlich daran zu erkennen, wie die Kräfte, die auf den von den Hitlerfaschisten besetzten französischen Territorien operierten, mit Waffen beliefert wurden.

Das sogenannte Hauptquartier der Spezialstreitkräfte (Special Forces Headquarters) hatte eine 1. und 4. Abteilung, die unter der Leitung eines für den Personalbestand auf okkupiertem Territorium zuständigen englischen Generals und eines amerikanischen Obersten standen. Sie waren also im Grunde genommen Vertreter

des englischen, des amerikanischen und des de-Gaulleschen Spionagedienstes und leiteten gleichzeitig auch den Abwurf von Waffen mit Fallschirmen. Dieses Hauptquartier weigerte sich stets, die Partisanenabteilungen der stärksten und aktivsten demokratischen Organisation, der Nationalen Front, mit Waffen zu beliefern. Wie Dansette berichtet, blieben die energischen Waffenanforderungen der Führer dieser Partisanenabteilungen ungehört. Namentlich wurden die Partisanenabteilungen in der Pariser Region abgewiesen, obwohl, wie Dansette hervorhebt, „hier in einem Umkreis von 60 Kilometer mehr als 20 sichere Abwurfstellen vorhanden waren“. In der Regel seien den Partisanenabteilungen der Nationalen Front, die in Bezirken mit großen Industriezentren operierten, überhaupt keine Waffen abgeworfen worden. Dansette fährt fort:

„Wenn die Franzosen verlangen, man solle ihnen Waffen für die Städte abwerfen, so antworten die Engländer, die Bewaffnung der Städte interessiere sie nicht, sie lieferten Waffen für Sabotagezwecke, nicht aber dafür, Truppen zu bewaffnen, und überhaupt wünschten sie in den nächsten vierzig Jahren keine MG-Salven in Frankreich mehr zu hören...“

Dieses Widerstreben gegen die Bewaffnung der demokratischen Kräfte des französischen Volkes ist kein Zufall.

Die Partisanenabteilungen der Nationalen Front waren allein auf sich selbst gestellt und kämpften gegen die Hitlerfaschisten mit Waffen, die sie dem Feinde selbst entriessen.

Dansette führt erschütternde Zahlen an: 35 523 Kämpfer der Partisanenabteilungen in der Pariser Region verfügten im Juli 1944, also zu einer Zeit, als die alliierten Truppen in der Normandie bereits gelandet waren, über 1800 Gewehre. Anderen Angaben zufolge sollen es nur 600 Gewehre gewesen sein. Viele aus 10—20 Mann bestehende Partisanentrupps besaßen nur 2—3 Revolver.

In einer Meldung vom 11. Juli 1944 an die vorgesetzte Militärinstanz führt der Stabschef der inneren bewaffneten Kräfte der Pariser Region, Oberst Rol-Tanguy (ein Kommunist), Klage darüber, daß in einem Moment, wo die Partisanenabteilungen aktive Operationen gegen die Okkupanten durchführen, ihnen niemand mit Waffen helfen wolle. Dabei gebe es in Montereau, in Melun, in Seine-et-Oise und in Oise Waffenlager. Waffen seien mit Fallschirmen in Ferté-Alais und im Gebiet Dourdan abgeworfen worden.

Auch diese Meldung führte zu nichts, die französischen Partisanen erhielten keine Waffen.

Für wen und zu welchem Zweck aber wurden Waffen mit Fallschirmen abgeworfen? Teilnehmer der Widerstandsbewegung berichten in Dokumenten und Artikeln, die nach dem Kriege in

* Adrien Dansette, Histoire de la Libération de Paris, Paris 1946.

** Nach dem Kriege wurde das Büro in einen de-Gaulleschen inneren Nachrichtendienst umgewandelt, der nun auf befreitem französischem Boden die demokratischen Organisationen bekämpfte.

der demokratischen Presse (namentlich in den Zeitschriften „Action“ und „France d'abord“) veröffentlicht wurden, daß die von alliierten Flugzeugen abgeworfenen Waffen für Agenten der englischen und amerikanischen Militärspionage sowie für die de-Gaulle-Gruppen der Widerstandsbewegung bestimmt waren, die sich nicht so sehr den deutschen Faschisten entgegenstellten, als vielmehr bemüht waren, die demokratischen Organisationen zu desorganisieren. Zu diesen Gruppen zählte z. B. eine sogenannte Zivil- und Militärorganisation, die, wie Dansette berichtet, hauptsächlich aus Agenten des französischen Spionagedienstes bestand. Ihr Führer war der französische Bankier Lepercq, der später im Kabinett de Gaulle Finanzminister wurde. Ein großer Teil der Waffen wurde nicht zum Kampf gegen die Hitlerfaschisten verwandt, sondern „für gelegene Zeiten“ aufbewahrt, um damit nach dem Abzug der Okkupanten „Ordnung zu schaffen und zu bewahren“.

Wie man weiß, leistete die Hitlerarmee in Frankreich infolge der vernichtenden Schläge der Sowjetarmee, die sich bereits der deutschen Grenze näherte, den landenden Alliierten keinen besonderen Widerstand und begann sich rasch nach Osten zurückzuziehen. So wurde Süd- und Südwestfrankreich schon vor dem Eintreffen der alliierten Truppen von den deutschen Truppen geräumt. Die Kämpfe mit der deutschen Nachhut führten hier nur Partisanenabteilungen.

Eine Teilnehmerin dieser Kämpfe erzählt in ihren Erinnerungen:

„In Marseille, Toulouse, Lyon, Montpellier, Limoges, Clermont-Ferrand — überall wurde die Befreiung von tausenden Patrioten erkämpft, die vor dem Eintreffen der Alliierten und der nordafrikanischen Armee mutig kochten und die Deutschen zur Flucht und Kapitulation zwangen.“*

Was die antidemokratischen Kräfte am meisten beschäftigte, war die „Aufrechterhaltung der Ordnung“ in diesen Gebieten, die sich schon vor dem Einmarsch der englischen und der amerikanischen Truppen befreit hatten. Sie dachten nicht einmal daran, die Wahrung der Ordnung in dem von Hitlerfaschisten gesäuberten Territorium den dortigen Arbeitern, Bauern, fortschrittlichen Geistesarbeitern zu überlassen, den Demokraten und Patrioten, die gegen die Okkupanten gekämpft hatten.

Kurz nach der Landung der Alliierten wurde versucht, die Partisanenbewegung in Frankreich überhaupt aufzulösen, die im Kampf gegen die deutschen Faschisten entstandenen Volksorganisationen zu demoralisieren und die Demokraten

und Patrioten aus den abschließenden Kriegshandlungen in Frankreich auszuschalten.

Am 14. Juni 1944 erhielten die militärischen Führer der Widerstandsbewegung aus London von dem durch de Gaulle eingesetzten „Befehlshaber der inneren bewaffneten Kräfte“ folgende Direktive:

„Die Aktivität der Partisanen so weit als möglich hemmen, lieber kleine isolierte Gruppen, als große Abteilungen bilden, wenn möglich überall den Kontakt mit dem Gegner lösen...“

Die Historiker der Widerstandsbewegung sind der Meinung, diese Direktive sei überhaupt nur Bestandteil eines allgemeinen Plans des alliierten Oberkommandos, der darauf abzielte, die Partisanen am Einmarsch in Paris zu hindern. Zu diesem Zweck waren, manchen Angaben zufolge, die Vertreter des amerikanischen Oberkommandos sogar bereit, mit den Deutschen Verhandlungen über den Modus der Räumung von Paris anzuknüpfen.

Dansette berichtet, wie ein Agent des 2. Büros des Stabs der inneren bewaffneten Kräfte am 16. August folgende Information aus dem Hotel „Majestic“ (dem Sitz der deutschen Zivilverwaltung für Paris) überbrachte:

„In Ausführung einer soeben getroffenen Vereinbarung (Dansette meint, es handle sich um eine Vereinbarung mit den Amerikanern) soll der Abzug der Wehrmacht mit der Ankunft der amerikanischen Armee zusammenfallen, damit die Stadt nicht ohne Besatzungstruppen bleibt.“

Dansette berichtet, die Amerikaner hätten sich nicht beeilt, Paris zu „nehmen“, und meint:

„Vielleicht waren Verhandlungen zwischen amerikanischen Emissären und Offizieren des Befehlshabers der deutschen Truppen in der Pariser Region für ihn (Eisenhower) ein neuer Grund zum Zögern.“

In Paris habe sich die Nachricht von „geheimnisvollen Verhandlungen“ zwischen dem alliierten Hauptquartier und dem Hitlergeneral verbreitet, die, wie Dansette schreibt, am 15. oder 16. August stattgefunden haben sollen. Er fährt fort:

„Laval empfing zweifellos am 15. oder 16. amerikanische Emissäre, und am Abend desselben Tages meldete ihm Herr Abetz, Paris werde (von den Deutschen) nicht verteidigt werden...“

Die Amerikaner mußten aber Paris früher „nehmen“, da ihr Plan durch das unerwartete Eingreifen französischer Partisanen durchkreuzt wurde. Angesichts der völligen Demoralisierung der deutschen Truppen begannen Abteilungen der Nationalen Front mit Unterstützung der Stadtbevölkerung Operationen gegen sie in den Straßen von Paris. Unter diesen Umständen beschloß das amerikanische Oberkommando, die Panzerdivision des de-Gaulle-Anhängers Leclerc schleunigst nach

* Yvonne Féron, Délivrance de Paris.

Paris zu entsenden. Sie zog am 25. August 1944 in die Stadt ein.

Bei der Befreiung von Paris spielte sich ein Vorfall ab, der die wahren Absichten der reaktionären Kräfte in ein grelles Licht setzt. Diesen Vorfall schildern fast alle Teilnehmer der Widerstandsbewegung. Als die Aktionen der inneren bewaffneten Kräfte gegen die demoralisierten Hitlerfaschisten in Paris bereits Resultate zu zeitigen begannen, hielten die Mitglieder des Stabs der inneren bewaffneten Kräfte, die dort de Gaulle vertraten, es für angebracht, durch Vermittlung des schwedischen Konsuls in Paris Verhandlungen mit dem kommandierenden General der Wehrmacht anzuknüpfen und eine Vereinbarung mit ihm zu treffen. Dieser Vereinbarung zufolge sollten die inneren bewaffneten Kräfte den Kampf einstellen und das deutsche Oberkommando sollte mit seinen Truppen und allen Waffen ungehindert Paris räumen.

Den Reaktionären war es offenbar vor allem darum zu tun, die Entwicklung von Operationen zu hintertreiben, denn für Operationen hätte man wenn nicht die Pariser Arbeiter bewaffnen, so doch zulassen müssen, daß sie Waffen der deutschen Truppen in die Hand bekommen.

Obwohl sich die Abteilungen der Nationalen Front bald über die Vereinbarung hinwegsetzten, erhielten die Deutschen doch immerhin eine Atempause von mehreren Tagen, so daß sie ihre Truppen evakuieren konnten. Bald darauf marschierte amerikanisches Militär in Paris ein...

Die Kriegshandlungen zogen sich dann auf französischem Boden noch sehr lange hin. Sie kamen erst im April 1945 zum Abschluß. Anscheinend hatten das englische und das amerikanische Oberkommando es nicht eilig...

In Paris wurden bedeutende amerikanische Einheiten zurückgelassen, obwohl hierfür militärisch kein Anlaß vorlag. Die zurückweichenden Deutschen hatten die Hauptstadt weit hinter sich gelassen, sie standen bereits im Elsaß. Bekanntlich blieben amerikanische Truppen noch fast anderthalb Jahre nach Kriegsende in Frankreich, (noch Anfang 1946 waren es 305 000 Soldaten und Offiziere). Die „Okkupation“ französischen Territoriums durch amerikanische Truppen, die erst im Juli v. J. ein Ende nahm, hatte ganz unverkennbar politische Gründe reaktionärer Natur.

Auch General de Gaulle beeilte sich nicht, die Kriegshandlungen auf französischem Territorium zum Abschluß zu bringen. Er machte sich die Anwesenheit der ausländischen Truppen zunutze und suchte unter den aktivsten und fortschrittlichsten Elementen des Landes, in der demokratischen Massenorganisation der Nationalen

Front, aufzuräumen. De Gaulle bildete eine neue französische Armee und verbot die Aufnahme von Kämpfern der Nationalen Front, von Partisanen und Franktireuren. In Frankreich aber bestand bereits eine in den Jahren des Kampfes gegen die Hitlerfaschisten gestählte Volksarmee, die danach düsterte, den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Deutschland bis zum siegreichen Ende weiterzuführen. Dansette berichtet, daß der von dem Kommunisten Tillon geführte Partisanen- und Franktireurverband über 125 000 Kämpfer zählte. Zehntausende von Kämpfern zählten auch andere Partisanenabteilungen der Nationalen Front.

Um den Krieg möglichst rasch zu Ende führen zu können, wäre es angezeigt gewesen, diese Abteilungen zu weiteren Kriegshandlungen gegen Hitlerdeutschland heranzuziehen. De Gaulle aber fürchtete diese demokratischen Kräfte, er fürchtete, Waffen in den Händen der demokratischen Patrioten zu belassen, die sich als mutige Kämpfer für die Unabhängigkeit des Vaterlandes erwiesen hatten.

Die Zeitschrift der französischen Partisanen und Franktireure, „France d'abord“, veröffentlichte 1945 zahlreiche Proteste aktiver Teilnehmer der Widerstandsbewegung gegen die Absicht de Gaulles, eine vom Volk abgeschlossene antideмократische Berufsarmee zu bilden und die wirklichen Vertreter des Volkes auszuschalten. Nur einzelne Partisanenoffiziere, die sich in ganz Frankreich einen Namen gemacht hatten, wurden unter dem Druck der Öffentlichkeit von de Gaulle in die Armee aufgenommen. Zu ihnen zählt Oberst Fabien, ein ehemaliger Arbeiter, Kommunist und Held der Kämpfe um Paris. Er kommandierte ein aus Partisanen bestehendes Regiment und fiel beim Übergang über den Rhein. Auch der in ganz Frankreich berühmte Oberst Rol-Tanguy, ebenfalls ein Arbeiter und Kommunist, wurde in die neue Armee aufgenommen. Er befehligte ein Regiment der regulären Truppen und nahm an seiner Spitze aktiven Anteil an den Operationen gegen das deutsche Heer.

Tausende anderer Kommandeure, die aus dem Volk hervorgegangen waren und ihre Ergebnisse für die Heimat in den schwersten Tagen bewiesen hatten, wurden nicht in die französische Armee aufgenommen. Man beeilte sich, sie zu demobilisieren.

Dies ist die wirkliche Geschichte der Ereignisse, die sich 1941—1944 im Westen, speziell in Frankreich abspielten, so wie sie von ihren Teilnehmern niedergeschrieben wurde. Sie stellt die von englischer und amerikanischer Seite verbreiteten offiziellen Darstellungen richtig.

27. Mai

Das Große Sobranje Bulgariens beginnt mit der Beratung des Entwurfs einer neuen Verfassung.

Die dänische Regierung schlägt den USA Verhandlungen über die Aufhebung des Grönlandabkommens vor.

28. Mai

Der des Mordes an sowjetischen Kriegsgefangenen schuldige Hauptmann Nero wird vom Obersten Gerichtshof Finnlands zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

In Halle wird eine interzonale Bergarbeitergewerkschaftskonferenz eröffnet.

29. Mai

Vor dem Obersten Gerichtshof Kroatiens beginnt ein Prozeß gegen mehrere Helfershelfer Pavelić, der Führers der kroatischen Ustasi.

30. Mai

Zur Teilnahme an dem Kongreß der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens reist eine Delegation der Sowjetgewerkschaften unter Führung von M. P. Tarassow, Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, aus Moskau nach Rom ab.

Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Nagy, der durch die kürzlich aufgedeckte Verschwörung gegen die Republik kompromittiert ist. Der ehemalige Ministerpräsident hat in der Schweiz Unterschluß gefunden.

Abschluß der englischen Labourpartei-Konferenz in Margate.

Eine Delegation der Hüttenarbeitergewerkschaft der Sowjetunion reist aus Moskau nach England ab.

Abreise von 600 jugoslawischen Rückwanderern aus Kanada nach Jugoslawien.

In Po'la (Ju'isch-Krain) finden infolge der Ernährungsschwierigkeiten Protestdemonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik der Okkupationsmächte statt.

Das Koordinationskomitee des Repräsentantenhauses und des Senats der USA beschließt den endgültigen Wortlaut des Gesetzesentwurfs, durch den die Gewerkschaftsrechte in den USA eingeschränkt werden.

Die zur Teilnahme an dem vierzigjährigen Jubiläum des finnischen

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Mai—Juni 1947

Parlaments nach Finnland entsandte Delegation von Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR ist nach Moskau zurückgekehrt.

Lajos Dinnyés, Mitglied der Partei kleiner Landwirte, wird zum ungarischen Ministerpräsidenten bestellt.

De Gasperi bildet eine italienische Regierung ohne Sozialisten und Kommunisten. Das Kabinett besteht aus Mitgliedern der Christlich-DEMokratischen Partei und Unabhängigen.

In den Betrieben Neapels, Genuas und anderer italienischer Städte finden Protestmeetings gegen das neue, ohne Vertreter von Parteien der Werktätigen gebildete Kabinett statt.

Tetsu Katayama, der Führer der Sozialistischen Partei, bildet die neue japanische Regierung.

István Dobi wird an Stelle von Ferenc Nagy zum Vorsitzenden der Partei kleiner Landwirte Ungarns gewählt.

Die ungarische Presse veröffentlicht die Aussagen von Béla Kovács über die Teilnahme Ferenc Nagys an der Verschwörung gegen die Republik.

Truman unterzeichnet das Gesetz über die Auswerfung von 350 Millionen Dollar für die ausländischen Staaten nach der Einstellung der UNRRA-Tätigkeit zu leistende Hilfe.

1. Juni

In Moskau trifft der stellvertretende bulgarische Ministerpräsident Traitscho Kostoff ein, der zum Führer der in der Sowjetunion weilenden bulgarischen Handelsdelegation ernannt wurde.

Eröffnung des ersten Landeskongresses der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens in Florenz.

2. Juni

Das Exekutivbüro der Weltföderation der Gewerkschaften tritt in Prag zusammen.

In Newyork findet eine geschlossene Sitzung des Palästina Sonderausschusses der UNO statt.

Der in die Verschwörung gegen die Republik verwickelte Béla Varga, Vorsitzender der ungarischen Nationalversammlung, flüchtet nach Österreich.

In Livorno (Italien) beginnt eine Beratung der Befehlshaber der amerikanischen Okkupationsarmeen in Europa.

McDermott, ein Vertreter des USA-Staatsdepartements, erklärt, die Ungarn zugesagten Kredite zum Ankauf amerikanischer Heeresrestbestände würden vorläufig sistiert, da die amerikanische Regierung erst die „dort entstandene Lage prüfen“ wolle.

Zur Feier des ersten Jahrestages der italienischen Republik finden im Lande Volksmanifestationen statt.

In Nanking wird die Tagung des Nationalen Politischen Rats Chinas geschlossen.

3. Juni

In Prag wird der 2. Internationale Journalistenkongreß der Nachkriegszeit eröffnet.

Die Tagung des polnischen Sejms wird nach Annahme einer Reihe für die Stabilisierung der finanzwirtschaftlichen Lage des Landes bedeutsamer Gesetze geschlossen.

Ausschluß des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Nagy aus der Partei kleiner Landwirte.

Der neue englische Indienplan wird in London und Delhi gleichzeitig veröffentlicht. Der Plan sieht eine Teilung Indiens vor.

4. Juni

Der Journalistenverband des republikanischen Spaniens wird vom internationalen Journalistenkongreß als ordentliches Mitglied aufgenommen.

In Helsinki beginnt der Prozeß gegen eine illegale terroristische Jugendorganisation.

Das bekannte Mitglied der Liberalen Partei, Lord John Simon, wird zum Präsidenten der Britischen Rundfunkgesellschaft (BBC) bestellt.

VERLAGSANGEZEIGEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STAATLICHEN WISSENSCHAFTLICHEN INSTITUTS „SOWJET-ENZYKLOPÄDIE“

Neuerscheinungen:

GROSSE SOWJETENZYKLOPÄDIE. Herausgegeben von S. I. Wawilow, K. J. Woroschilow, A. J. Wyschinski, P. I. Lebedew-Poljanski, A. Losowski, F. N. Petrow, F. A. Rothstein, O. J. Schmidt. Band 54. Telezkoje Osero (Telezki-See) — Trichofitija (Trichophytie). 832 S., Rbl. 25,—

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA. (In der Serie „Handbücher der Auslandskunde“.) Zweite Auflage. Herausgegeben von P. I. Lebedew-Poljanski, F. N. Petrow, F. A. Rothstein, O. J. Schmidt. 576 S., Rbl. 17,—

DIE LÄNDER DER ERDE. Ein alljährlich erscheinendes Nachschlagewerk. Zweite Auflage. Herausgegeben von P. F. Judin und F. N. Petrow. 688 S., Rbl. 13,50

In Vorbereitung:

KLEINE SOWJETENZYKLOPÄDIE. Zweite Auflage. Band II.

SPANIEN UND PORTUGAL. (In der Serie „Handbücher der Auslandskunde“.)

STAATSVERLAG „ISKUSSTWO“ (DIE KUNST)

Neuerscheinungen:

A. ALTAJEW — *Denkwürdige Begegnungen*. 308 S., Rbl. 20,—
Erinnerungen an russische Künstler und Schauspieler 1870—1900.

L. WARSCHAWSKI — *Alexander Michailowitsch Opekuschin, 1841—1923*. (In der Serie „Massenbibliothek“.) 24 S., Rbl. 2,—
Leben und Schaffen eines russischen Bildhauers, der u. a. das Puschkindenmal in Moskau und ein Lermontowdenkmal im Kaukasus geschaffen hat.

A. S. GRIBOJEDOW — *Verstand schafft Leiden*. Text des Schauspiels, Aufsätze und Kommentare. Herausgegeben von N. Piskunow und W. Filipow. 288 S., Rbl. 40,—

W. SIMENKO — *Eine ungleiche Ehe*. Essay über ein Gemälde von W. W. Pukirew. (In der Serie „Massenbibliothek“.) 20 S., Rbl. 2,—

S. SONOWA und A. SKWORZOW — *Grigori Iwanowitsch Ugrjumow, 1764—1823*. (In der Serie „Massenbibliothek“.) 24 S., Rbl. 2,—
Biographische Skizze.

D. I. KIPLIK — *Technik der Malerei*. Lehrbuch für den Unterricht an Kunstakademien. Vierte Auflage.

1. Heft: Das Farbenmaterial für die Malerei. 164 S., Rbl. 7,—

2. Heft: Aquarell, Tempera, Pastell und Zeichnung. 128 S., Rbl. 7,—

3. Heft: Die Ölmalerei. 220 S., Rbl. 8,—

4. Heft: Die Maltechnik der alten Meister. 120 S., Rbl. 7,—

5. Heft: Die Monumentalmalerei. 168 S., Rbl. 7,—

J. KONOROWA — *Die Rhythmik in Theaterschulen*. Zweite, ergänzte Auflage. Lehrbuch für den Unterricht an Theaterschulen und -studios. 140 S., Rbl. 8,—

B. LAWRENJEW — *Auf die Seefahrer draußen*. Schauspiel in 3 Aufzügen (7 Bildern). 120 S., Rbl. 4,—

G. MDIWANI — *Der neue Garten*. Heldendrama in 4 Akten (9 Bildern). 128 S., Rbl. 4,—

S. MICHALKOW — *Der Sonderauftrag*. Komödie in 3 Aufzügen. 84 S., Rbl. 3,—

A. SAWINOW — *Alexej Petrowitsch Antropow, 1716—1795*. (In der Serie „Massenbibliothek“.) 32 S., Rbl. 3,—
Biographische Skizze.

K. SIMONOW — *Unter den Kastanien Prags*. Drama in 4 Aufzügen (5 Bildern). 120 S., Rbl. 4,—

A. SUROW — *Weit von Stalingrad*. Schauspiel in 4 Aufzügen (8 Bildern). 112 S., Rbl. 4,—

S. FELDMANN — *Polina Antipjewna Strepetowa, 1850—1903*. (In der Serie „Massenbibliothek“.) 60 S., Rbl. 3,—
Leben und Schaffensweg einer russischen Schauspielerin.

W. FILIPPOW — *Alexandra Alexandrowna Jablotschkina*. (In der Serie „Massenbibliothek“.) 56 S., Rbl. 3,—
Biographische Skizze.

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.